

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:  
Erich Alfringhaus, Berlin.  
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:  
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8  
Druckanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 18. Juli 1930

Int. Institut  
Soc. Geschiedenis  
Amsterdam

Geschlagen und gestäupt.

von Rudolf Breitscheid.

Das Kabinett Brüning ist in offener Feldschlacht geschlagen, aber es ist nicht gefallen. Es hat sich seinem Sturz durch die Auflösung des Reichstags entzogen. Dem Geist der parlamentarischen Verfassung hätte es entsprochen, wenn es zurückgetreten wäre. Aber was bedeutet für diese Regierung die Verfassung? Von dem Augenblick ihrer Geburt an hat sie ihren Bruch als letztes Zufluchtsmittel ins Auge gefasst.

Ihr erster Schritt ins Leben war der, der auf den Weg zum Artikel 48 führt, und es wird durchaus in der Konsequenz ihrer bisherigen Haltung liegen, wenn sie jetzt die Verordnungen, die ihr das Parlament soeben aus der Hand geschlagen hat, - vielleicht um den Schein zu wahren mit einigen Aenderungen im Text - aufs neue verkündet. Heuchlerisch wird sie dann wieder erklären, dass es um der Erhaltung der Demokratie willen geschehe, wenn sie die elementarsten demokratischen Grundsätze verletze.

Die Mehrheit, die dem Kabinett eine Niederlage bereitete, hat zugleich auch schlagend und endgültig die Illusionen zerstört, mit denen Herr Brüning seine glorreiche Regierung begonnen hatte. Von Anfang an war sein Streben darauf gerichtet, die Minderheit, über die er verfügte, durch deutschnationalen Zuzug zu einer Mehrheit zu machen, und wenn er auch an der Möglichkeit zweifelte, die ganze deutschnationale Fraktion auf seine Seite zu bringen, so gab er sich doch der Hoffnung hin, Herrn Hugenberg zu isolieren und aus seiner Gefolgschaft eine genügend grosse Zahl von Trabanten für sich zu gewinnen. So wurde eine Politik getrieben, die auf die Rechte anziehend wirken sollte. Vorteile aller Art auf wirtschafts- und finanzpolitischem Gebiet wurden gewährt oder in sichere Aussicht gestellt, und nicht zuletzt gehörte auch das fortgesetzte Winken mit Artikel 48 in dieses System. Man war überzeugt, dass die Gegner der Verfassung nicht widerstehen könnten, wenn ihnen die Möglichkeit eines Verfassungsbruchs eröffnet wäre.

In dieser Beziehung hat sich der Reichskanzler gründlich getäuscht. Zwar ist es ihm gelungen, die deutschnationale Fraktion zu spalten, aber bei Herrn Hugenberg blieben genug, um der Regierung den Weg zum Siege zu verlegen. Nichts hätte bei dieser Gruppe der Unentwegten verfangen, auch nicht das beschwörende Liebeswerben, das der volksparteiliche Führer noch einmal unmittelbar vor der Abstimmung von seinem Herzensbedürfnis und seiner Wahlangst getrieben unternahm.

Die Regierung, so rief Herr Scholz aus, handele doch nach denselben politischen Grundsätzen, die Herr Oberfohren aufgestellt habe. Sie verdiene also auch, das war seine Schlussfolgerung, die Unterstützung der unversöhnlichsten Reaktionen. Aber die so heiss Umworbenen blieben unerbittlich, und so hatten die Worte des Volksparteilers nur den einen Wert, dass sie den Sinn und den Willen dieser Regierung charakterisierten. Was wollte es besagen, wenn dann der demokratische Redner in berechtigter Sorge um das bisschen Ansehen, über das seine Partei noch verfügt, die Ausführungen des Herrn Scholz missbilligte. Der Reichskanzler selbst schwieg und brachte durch sein Schweigen seine Zustimmung zu der volksparteili-

chen Interpretation seiner Grundsätze zum Ausdruck. Das Zentrum schwieg ebenfalls.

Das war indessen nicht der einzige Stoss, der dem Kabinett und seiner Politik aus seinem eigenen Lager am letzten Tage des Parlaments versetzt wurde. Es gab noch andere. Da war der Antrag der Wirtschaftspartei, die den Justizminister stellt, die Verordnung über die Getränkesteuer aufzuheben. Hatte die Regierung nicht den Erlass aller ihrer Verordnungen mit der Notwendigkeit begründet, die Sicherheit und Ordnung im Staate aufrecht zu erhalten? Und nun kam eine Regierungspartei, die zum mindesten einen dieser Erlasse beseitigen wollte und damit zu erkennen gab, dass er dem angegebenen Zweck nicht diene. Damit war im Grunde das ganze Gebäude erschüttert und die Fadenscheinigkeit der Gründe ans Licht gezogen, die das Kabinett für sein diktatorisches Vorgehen angeführt hatte.

Sein verfassungswidriges System war gekennzeichnet, seine Illusionen waren zerstört und nun fehlte es noch, dass seine finanziellen und wirtschaftlichen Massnahmen ihrem Werte entsprechend gewürdigt wurden. Das besorgte - bewusst oder unbewusst bleibe dahingestellt - der Finanzminister Dietrich, der die temperamentvolle Rede, mit der er die Ehre der Demokraten retten wollte, mit den Worten schloss: "Der Reichstag muss heute zeigen, ob wir noch ein Staatsvolk sind oder ein Haufen von Interessenten!"

Niemals ist die Interessentenpolitik krasser in die Erscheinung getreten als seit dem Tage, der das Kabinett Brüning ins Leben rief. Aber die Interessenten sasssen, das weiss Herr Dietrich so gut wie wir, in den Parteien, die die Regierung stützten. Die Opposition der Sozialdemokratie war der Kampf gegen ihre Ansprüche. Mochte es um die Gestaltung der Steuern, mochte es um die Zölle oder um die Osthilfe gehen, mochten die Auseinandersetzungen um die Sozialpolitik geführt werden: Streitobjekt waren immer die Portemonnaie-Interessen kapitalistischer Wirtschaftsgruppen, der Industrie, der Grosslandwirtschaft, der Bierbrauer, der Krämer und Gastwirte. Die Sozialdemokratie vertrat den Staat und das Allgemeinwohl, die Regierung stand schützend vor den Interessentenverbänden.

Wir sind dem Reichsfinanzminister für sein Wort sehr dankbar. Es liefert uns eine ausgezeichnete Wahlparole. Nicht am 18. Juli ist darüber entschieden worden, ob wir ein Staatsvolk oder ein Haufen von Interessenten sind, diese Entscheidung wird vielmehr am 14. September fallen. Die Sozialdemokratie hat jedem, der die Augen nicht absichtlich verschliessen will, deutlich genug bewiesen, dass sie Staatspolitik treibt und nicht Politik von Geschäftemachern. Sie hat sich bemüht, die Grundlagen der demokratischen Republik und der parlamentarischen Demokratie zu erhalten. Sie hat ihre Kräfte angespannt, um dieser Staatform einen sozialen Inhalt zu geben und vor allem den Abbau der seit 1918 errungenen sozialpolitischen Positionen zu hindern. Sie hat ihre Pflichten erfüllt, als sie unter Hermann Müller mit zur Regierung gehörte, und sie ist ihnen treu geblieben, als sie in der Opposition zu dem verhängnisvollen System Brüning stand. Sie braucht nur auf ihre Leistungen und die ihrer Gegner zu verweisen, sie braucht nur die Selbstenttarnungen aufzuzeigen, die die Freunde des Herrn Brüning am letzten Tag vollzogen haben, und sie kann sicher sein, dass die Arbeitenden auf ihre Stimme hören und sie in ihrem Bestreben, an die Stelle des Cliquenregimes ein Volksregime zu setzen, unterstützen werden.

-----

SPD. London, 18. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Antwort der englischen Regierung auf das Memorandum Brianda wird in der gesamten englischen Presse als zufriedenstellend bezeichnet. Der "Daily Herald" sagt: "Briand will ein fünftes Rad an den Wagen hängen, das ihn nicht vorwärts treiben kann und nur hemmend für den Fortschritt wirken müsste."

-----

SPD. München, 18. Juli (Eig. Drahtb.)

Die bayerischen Bürgerblockparteien haben Arm in Arm mit den Nationalsozialisten durch einen im Landtag gegen die Stimmen der Sozialdemokratie gefassten Mehrheitsbeschluss die Kinderfreundebewegung in Baxern zerschlagen.

Der brutal geführte Schlag, der nach den Erklärungen seiner Urheber sich gegen die Sozialdemokratie im allgemeinen richten soll, wurde seit Monaten sorgfältig vorbereitet und wurde geboren aus der unheimlichen Konkurrenzangst der bürgerlichen Gesellschaft vor dem blühenden Wachstum der Kinderfreundebewegung in Bayern. Der zur Bayerischen Volkspartei zählende bayerische Kultusminister hat offen ausgesprochen, wer die Kulissenschieber für die Unterdrückung der Kinderfreunde sind, als er erklärte, dass das Ministerium zur Stellungnahme gezwungen wurde durch die Klagen der kirchlichen Oberbehörden und der katholischen Schulorganisationen.

Aus der Vorgeschichte ist bemerkenswert, dass vor Jahresfrist ein nationalsozialistischer Abgeordneter im Landtag wüste Verleumdungen gegen die Kinderfreundebewegung austreute. Der Kultusminister erklärte damals, dass auch ihm derartige Klagen zugegangen seien, weshalb er den Dingen nachgehen werde. Die sozialdemokratische Fraktion ersuchte das Ministerium daraufhin um Mitteilung der Unterlagen für eine solche Stellungnahme des Ministers. Diese Unterlagen stellte das Ministerium Ende November vorigen Jahres zur Verfügung. Sie bestanden im wesentlichen aus Zitaten der sozialistischen Erziehungsliteratur, die mit der Bewegung der Kinderfreunde in gar keinem oder nur in ganz losem Zusammenhang stehen. Tatsächliche Misstände, die gegen Recht und Gesetz verstossen, konnte die ministerielle Statistik überhaupt nicht anführen. Dem bayerischen Landesausschuss der Kinderfreunde fiel es deshalb auch nicht schwer, die sogenannten Unterlagen des Kultusministeriums zu entkräften. Unter völliger Missachtung dieser Gegenargumente stellte das Ministerium dem für eine weitere Duldung der Beteiligung von Volksschulpflichtigen an den Veranstaltungen der Kinderfreunde folgende Bedingungen auf :

"1) Jede politische Beeinflussung der Schulpflichtigen ist verboten. Als verbotene politische Beeinflussung gilt besonders die Verbreitung sozialer Lehren und Forderungen unter den Schulpflichtigen. Schulpflichtige dürfen zu politischen Veranstaltungen irgendwelcher Art nicht herangezogen werden. Die rote Fahne, das Symbol der sozialistischen, also einer politischen Bewegung, darf in Zeltlagern, bei Wanderungen und sonstigen Veranstaltungen mit den Schulpflichtigen nicht gezeigt werden. Das Singen sozialistischer und sonstiger politischer Lieder, besonders auch der Internationale, ist den Schulpflichtigen nicht zu gestatten.

2) Eine den Erziehungszielen der bayerischen Volksschule zuwiderlaufende Beeinflussung der Jugendlichen ist strengstens zu vermeiden. Jede Kritik an Schule, Kirche und Elternhaus ist den Schulpflichtigen gegenüber zu unterlassen. Bei sämtlichen Veranstaltungen, besonders auch in Zeltlagern, ist Schulpflichtigen, die darauf Wert legen, ungestörte Gelegenheit zum Besuch des Sonntagsgottesdienstes zu geben. Bei sämtlichen Veranstaltungen für Schulpflichtige, besonders auch bei Zeltlagern, darf nicht nach den Grundsätzen der Koedukation (gemeinsame Erziehung der Geschlechter) verfahren werden. Bei Wanderungen, beim Baden, auch im Lagerleben ist für ausreichende Bekleidung der Kinder zu sorgen."

Diese Bedingungen waren ein förmliches Ultimatum, denn den Bedingungen war der Zusatz angehängt, dass die Unterrichtsverwaltung nur bei ihrer bedingungslosen Annahme und strengen Einhaltung den Schulpflichtigen weiterhin die Beteiligung an der Kinderfreunde-Bewegung gestatten werde.

Die nach diesem Ultimatum noch geführten Verhandlungen der sozialdemokratischen Fraktion mit dem bayerischen Kultusministerium konnten natürlich nur noch formelle Bedeutung haben. Der Kampf musste schliesslich öffentlich im Parlament ausgetragen werden, wobei von vornherein feststand, dass der Unterrichtsminister von der reaktionären Landtagsmehrheit gedeckt werden würde.

Am Freitag wurde die ganze Frage bei der Beratung des Unterrichtsetats im Ausschuss von dem Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion aufgerollt und drei Stunden lang eingehend behandelt. Das Ergebnis war die Annahme eines von dem Führer der Bayerischen Volkspartei, dem Domprobst Wohlmuth, vorgelegten Antrages, der die Haltung der Unterrichtsverwaltung gegen die Kinderfreundebe-  
wegung billigt. Sämtliche bürgerlichen Parteien stimmten dem Antrag mit kaum verhohlener Freude zu, nachdem ihre Redner vorher ihrem geradezu infernalischer Hass gegen die Kinderfreunde und die ganze sozialistische Jugenderziehung rück-  
sichtslos Ausdruck gegeben hatten.

Die unmittelbare Folge dieser Aktion, die in etwa 14 Tagen zweifellos auch ihre Sanktion durch den Beschluss des Plenums des Landtages erhalten wird, ist das ministerielle Verbot der Beteiligung von Schulpflichtigen an den Veranstaltungen der Kinderfreunde. Das bedeutet praktisch das vorläufige Ende der Kinderfreundebe-  
wegung in Bayern.

-----  
SPD. Unmittelbar nach der Auflösung des Reichstags versammelten sich die Mitglieder der Sozialdemokratischen Fraktion noch einmal zu einer Sitzung. Der Vorsitzende der Partei, Otto Wels, hielt bei dieser Gelegenheit folgende, mit Begeisterung aufgenommene Ansprache :

"Es besteht kein Zweifel darüber, dass die heutige Situation von den bür-  
gerlichen Parteien mit Absicht herbeigeführt worden ist. Sie wollten die Aus-  
schaltung der Sozialdemokratie aus der Regierungsgewalt. Insofern bedeutet die  
Auflösung des Reichstags einen neuen Abschnitt des Kampfes zwischen Kapital  
und Arbeit. Wir werden uns jetzt an die Massen des Volkes wenden, um ihnen zu  
zeigen, dass es sich heute nicht allein um die Verteidigung der Rechte des Par-  
laments, sondern der Rechte des Volkes gehandelt hat. Parlamentsrecht ist  
Volksrecht. Dieser Gesichtspunkt muss von uns vor allem hervorgehoben werden.  
Wenn wir 1928 mehr durch die Niederlage der Deutschnationalen als durch unse-  
ren eigenen Sieg die Regierung übernahmen, so entsprach das dem Willen der  
Wähler. Die Schwierigkeiten, die unserer Arbeit entgegenstanden, waren ein Be-  
weis dafür, dass die bürgerlichen Parteien die Verschlechterungen der finanz-  
politischen Verhältnisse nicht ungerne sahen. Dem jetzigen Versuch der Aufrich-  
tung einer Diktatur werden wahrscheinlich noch weitergehende Massnahmen folgen.  
Aber Deutschland bietet keinen Raum für den Faschismus, Deutschland ist kein  
Italien. Die deutsche Arbeiterschaft wird dafür sorgen, dass die Bäume der  
Diktaturlustigen nicht in den Himmel wachsen. Fraktionen kommen und gehen, aber  
die deutsche Sozialdemokratie bleibt, die deutsche Arbeiterbewegung bleibt. Wir  
werden mit den Gewerkschaften zusammenkämpfen, für die Arbeitslosen gegen die  
Reaktion, für die Hungrigen gegen die Satten.

Für uns sind die Aussichten des Wahlkampfes durchaus günstig. Die Wahlen  
in Sachsen haben gezeigt, dass unsere Partei unerschütterlich ist, die Reichs-  
tagswahlen werden das noch einmal zeigen. Wir werden den Massen begreiflich ma-  
chen, dass nur die Sozialdemokratie die Rechte des Volkes wahrt, und dass die  
Kommunisten nichts anderes können, als im weiten Abstand das nachzumachen, was  
wir ihnen zeigen. Die bisherigen Abgeordneten der Partei werden dafür zu sorgen  
haben, dass das Volk den Unterschied sieht zwischen der Zeit, in der die Regie-  
rung Müller am Ruder war und der Zeit, in der Brüning regierte. Sie werden mit  
dafür sorgen, dass der Wahlkampf zu einer Abrechnung für diese Regierung wird.

Es gibt keine Organisation der Welt, die der deutschen Sozialdemokratie  
vergleichbar wäre. Keine Organisation der Welt ist so stark wie die Sozialde-  
mokratische Partei Deutschlands. Und unsere Organisation ist stets auf Wahlen  
vorberitet. Wir arbeiten für das Volk, deshalb ist das Volk mit uns. Mit uns  
das Volk, mit uns der Sieg! Wir tragen die Fahne des Sozialismus! Wir vertrau-  
en darauf, dass jeder von uns seine volle Schuldigkeit tut, dann werden wir

verstärkt aus dem Wahlkampf hervorgehen.

In der Überzeugung, dass wir geschlossen und einig in den Kampf ziehen und so den Sieg der roten Fahne erkämpfen werden, wollen wir unserer Stimmung Ausdruck geben mit dem Ruf:

Die deutsche Sozialdemokratie lebe hoch !"

SPD. Braunschweig, 18. Juli (Eig. Drahtb.)

Die sozialdemokratische Mehrheit der Braunschweigischen Stadtverordnetenversammlung beschloss ein von dem sozialdemokratischen Oberbürgermeister Böhme ausgearbeitetes Arbeitsbeschaffungsprogramm, das etwa einem Viertel sämtlicher Wohlfahrtserwerbslosen der Stadt Braunschweig für 26 Wochen Arbeit zu tariflichen Löhnen verschafft. Ausser Kanalisationsarbeiten sind zahlreiche andere Arbeiten vorgesehen.

SPD. Mit der Spaltung der deutschnationalen Reichstagsfraktion bei der gestrigen Abstimmung über die Aufhebung der Steuerverordnungen des Reichskabinetts ist die Spaltung der Deutschnationalen Partei offiziell geworden. Seit Hugenberg die Führung der Deutschnationalen Partei übernommen hatte, war diese Spaltung nur noch eine Frage der Zeit. Jetzt ist sie unter Umständen erfolgt, die weder Hugenberg noch Graf Westarp bewusst gewollt haben.

Kein Zweifel, dass Hugenberg seit Anbeginn seiner Tätigkeit als Parteiführer darauf hingearbeitet hat, die sich um den Grafen Westarp gruppierenden und seiner politischen Einstellung gegnerisch gesinnten Elemente los zu werden. Aber so dumm ist selbst Hugenberg nicht, dass er geglaubt hätte, dieses Ziel durch eine Spaltung zu erreichen. Sein ganzes Bestreben ging vielmehr dahin, die deutschnationale Fraktion zunächst geschlossen gegen die Regierung Brüning zu führen, das Kabinett bei irgend einer Gelegenheit in die Minderheit zu bringen, Neuwahlen zu erreichen und dann mit Hilfe der von ihm abhängigen deutschnationalen Landesorganisationen die Wiederwahl der gegen ihn opponierenden Kräfte in der deutschnationalen Fraktion zu verhindern. Die Wahrung der Partei einheit unter Ausschaltung der oppositionellen Abgeordneten lag sicherlich bis zuletzt in der Absicht Hugenbergs.

Die Westarp-Gruppe hat immer wieder und insbesondere in letzter Zeit versucht, die Pläne Hugenbergs illusorisch zu machen. Oft, indem sie sich bei wichtigen Abstimmungen im Reichstag dem Diktat Hugenbergs fügte und im Plenum des Parlaments wiederholt Erklärungen des Hugenbergflügels als Meinung der deutschnationalen Fraktion unwidersprochen passieren liess. Man wollte den Bruch solange als möglich vermeiden, weil man sich des finanziellen und organisatorischen Übergewichts Hugenbergs vollkommen bewusst war und wollte den Bruch selbst, als er in letzter Zeit immer unvermeidlicher schien, nur unter der Voraussetzung, dass wichtige agitatorische Momente Hugenbergs finanzielle und organisatorische Überlegenheit einigermaßen wettmachen würden. Diesen Augenblick erachtete der Westarp-Flügel für gekommen, als Hugenberg und sein Anhang sich entschlossen zeigten, für die Aufhebung der Steuerverordnungen zu stimmen, als sie nach der Ansicht des Westarp-Flügels entschlossen waren, aus allgemeinen politischen Erwägungen heraus selbst die Gefährdung der Osthilfe und anderer von dem Landbundführer Schiele als Reichsernährungsminister in Aussicht gestellter Subventionsmassnahmen für die Agrarier in Kauf zu nehmen. Der Westarp-Flügel hatte die Parole, die er brauchte, um sich selbständig zu machen: Kampf für die Landwirtschaft gegen Hugenberg. Der Konflikt hatte seinen Höhepunkt erreicht. Im Sinne des Reichslandbundes lehnte es die Westarp-Gruppe ab, sich dem Joch Hugenbergs länger zu unterwerfen. Hugenberg hat den-



noch versucht, den unvermeidlichen Bruch zwischen ihm und Westarp zu vertagen, indem er die Verschiebung der Abstimmung über die Aufhebung der Steuerverordnungen beantragte. Als dieses Ansinnen abgelehnt wurde, musste die Spaltung der Deutschnationalen Partei zur Tatsache werden.

Die Umstände, die zur Trennung der Westarp-Gruppe von der Deutschnationalen Partei führten, und die Übereinstimmung zwischen Reichslandbund und dem Westarp-Flügel während der ganzen Zeit der Auseinandersetzungen im deutschnationalen Lager lassen Zusammensetzung und Ziel der neuen, wahrscheinlich von Westarp geleiteten Partei, bereits erkennen. Ein Teil des landwirtschaftlichen Anhangs der Deutschnationalen Partei dürfte Hugenberg in Zukunft die Gefolgschaft versagen und der neuen, von dem Landbund finanziell abhängigen Organisation zuströmen. Zustrom ist ausserdem aus den Mittelstandsschichten der Deutschnationalen Partei zu erwarten, aus jenem Spiessbürgertum, das heute noch an die Zweckmässigkeit der monarchistischen Staatsform glaubt und doch auch in der Republik positive Politik im reaktionären Sinne wünscht. In welchem Ausmass es der neuen agrarischen Organisation schliesslich gelingen wird, die gegen den Hugenbergkurs opponierenden Elemente der Deutschnationalen Partei zu sich herüber zu ziehen, hängt im wesentlichen von der Schlagkraft der Landbund-Organisation während des Wahlkampfes ab. Aber so oder so dürfte sich bewahrheiten, was Hugenbergs "Lokalanzeiger" am Freitag verkündet, dass die Deutschnationale Partei "gemindert in der Zahl" in das Parlament zurückkehrt. Vielleicht sogar so "gemindert", dass selbst Herrn Hugenberg Hören und Sehen vergeht.

Selten ist ein Parteiführer seiner eigenen Partei so zum Verderber geworden wie dieser Herr Hugenberg den Deutschnationalen. Dass er nicht auch zum Verderber Deutschlands werde, sei mit unsere Losung in dem kommenden Wahlkampf.

-----  
SPD. Paris, 18. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Auflösung des Reichstages ist in Paris zu spät bekannt geworden, als dass die Freitag-Abendblätter dazu noch hätten Stellung nehmen können. In politischen Kreisen zeigt man sich jedoch über die Zuspitzung der Lage äusserst besorgt. Man glaubt in der Krise in Deutschland nicht nur eine vorübergehende Schwierigkeit, sondern eine Erkrankung des parlamentarischen Systems sehen zu müssen. So befürchtet man, dass durch die Neuwahlen nicht nur keine Besserung, sondern vielleicht noch eine Verschlechterung der Verhältnisse entstehen könnte. Immerhin lässt die Tatsache, dass die Absichten Brünings durch den Vorstoss der Sozialdemokratie zunichte gemacht wurden, schliesslich auch bei den pessimistischen französischen Politikern die Hoffnung aufkommen, dass sich die deutsche Arbeiterschaft bei der bevorstehenden schweren Entscheidung um die Zukunft der deutschen Republik stark genug zeigen wird jede Rechtsdiktatur zu verhindern.

-----  
SPD. Bei der Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung der Verordnungen der Reichsregierung auf Grund des Artikels 48 haben gefehlt :

Sozialdemokraten: Frau Agnes (krank), Bock-Gotha (krank), Ebert, Kotzke (krank), Frau Kurfürst (krank), Marum (krank), Frau Siemsen (krank), Schiller (krank). Der Abgeordnete Hermann Müller-Franken, der seit Donnerstag wieder erkrankt ist, war trotzdem anwesend und gab seine Stimme ab.

Kommunisten: Dahlem, Dietrich-Berlin, Heckert, Frau Overlach, Stoecker, Thesen.

Deutsche Volkspartei: Mittelmann, Moldenhauer, Frau Stollberg.

Zentrum: Feilmayer.

Demokraten: Erkelenz, Haas, Hummel.

Wirtschaftspartei: Jörissen, Strauss.

Nationalsozialisten: Strasser.

Deutsche Bauernpartei: Heindl, die parteilosen Abgeordneten Lind und Nientimp.

Von den Deutschnationalen haben gegen die Aufhebung der Verordnungen folgende 25 Abgeordnete gestimmt: Bachmann, Bazille, Dingler, Domsch, Bryander, Fromm, Haag, Hampe, Hartmann, Hasslacher, Hemeter, Jandrey, Leopold, Menzel, Ohler, Philipp, Rademacher, Reichert, von Richthofen, Schmidt-Stettin, Staffehl, Strathmann, Voigt-Württemberg, Wallraf und Graf Westarp. Die deutschnationalen Abgeordneten von Lettow-Vorbeck und Schulz-Bromberg waren zwar anwesend, haben aber keine Karte abgegeben. Gefehlt haben die Abgeordneten: Koch-Düsseldorf, Schröter-Liegnitz, Wege, Biener.

Gegen die Aufhebung der Verordnungen haben mit den Regierungsparteien die Splittergruppen: Deutsche Bauernpartei, Volksrechtspartei, Deutsch-Hannoveraner und der frühere deutschnationale, jetzt parteilose Abgeordnete Bruhn gestimmt.

-----  
SPD. Köln, 18. Juli (Eig. Drahtb.)

Der Sozialdemokratische Bezirksvorstand für die obere Rheinprovinz erlässt zu den Befreiungsfeiern in der Rheinprovinz eine Kundgebung, in der zunächst die Unterwerfung des Stahlhelms unter die grundlegende Forderung der preussischen Staatsregierung als ein erfreulicher Erfolg der unter der zielklaren Führung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten stehenden preussischen Staatsregierung festgestellt wird. Weiter heisst es in der Erklärung, dass zwischen der Sozialdemokratie und dem Stahlhelm, der den Hass gegen den demokratisch-republikanischen Staat predige, ein unüberbrückbarer Abgrund klappe. Jede Berührung mit ihm, auch rein äusserlich, müsse scharf abgelehnt werden. Die Sozialdemokratie werde deshalb zu geeigneter Zeit eine besondere Befreiungsfeier veranstalten, die mit einer Friedenskundgebung verbunden werde.

-----  
SPD. In der Debatte, die der Auflösung des Reichstags voranging, hat Reichsfinanzminister Dietrich stürmische Zustimmung bei den bürgerlichen Parteien gefunden als er ausrief: "Der Reichstag muss heute zeigen, ob wir ein Staatsvolk sind oder ein Haufen von Interessen!" Niemals hat es eine widerlichere Komödie gegeben als diese. Dietrich mag es ernst gewesen sein, mit dem Appell an das staatsbürgerliche Verantwortungsgefühl der Abgeordneten und mit der Verurteilung der Interessentenpolitik. Als Finanzminister der Regierung Brüning aber hätte er sich hüten sollen, die Erinnerung daran wachzuhalten, dass diese Regierung ihre Existenz nur dem schlimmsten Kuhhandel, den gefährlichsten Erpressungen der Interessenten und der freigebigen Austeilung von Trinkgeldern verdankt. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass die Interessentenpolitiker, um die Wirkung des Ausspruchs von Dietrich abzuschwächen, ihm stürmischen Beifall zollten.

Die Liste der unheilvollen Zugeständnisse an die Interessenpolitiker ist trotz der Kürze der Regierungszeit Brünings ungeheuer lang. Aber schon die Aufzählung der wichtigsten ist ein Beweis, wie verhängnisvoll die Trinkgeldpolitik Brünings sich für die Gesamtlage des deutschen Volkes und der öffentlichen Finanzen ausgewirkt haben.

Dietrich hat erklärt, das deutsche Volk, das Milliarden für Bier und Tabak ausgabe, werde doch noch imstande sein, einige hundert Millionen zur Sanierung seiner Finanzen und zur Gesundung seiner Wirtschaft aufzubringen. Das ist ganz unsere Meinung. Aber gerade diese Politik ist gescheitert an dem Widerstand

der Interessenten in der Wirtschaftspartei, in der Bayerischen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und im Zentrum. Unter ihrem Druck ist die Biersteuererhöhung in dem beabsichtigten Ausmass verhindert worden, haben Brauereien und Gastwirte mehrere hundert Millionen auf Kosten der Allgemeinheit verdienen können. Dasselbe ist bei der Besteuerung des Tabaks der Fall, wo den Zigarettenfabrikanten rund 100 Millionen, den Fabrikanten von Rauchtobak rund 25 Millionen geschenkt worden sind. Bei der Erhöhung des Benzin- und Benzolzolles ist etwas ähnliches geschehen. Die unter dem Druck der Interessenten von der Regierung Brüning durchgeführte Regelung hat dem Kraftwagenverkehr Lasten aufgebürdet, die nur zum Teil in die Reichskasse fliessen, mehr als 100 Millionen jährlich ist der Sondergewinn, den industrielle Produzenten, Händler und Grossagrariere daran machen.

Ein anderes Kapitel schädlichster Interessentenpolitik sind diejenigen Massnahmen, die der Erhöhung der Preise dienen, die Kaufkraft der Bevölkerung schwächen und damit die Wirtschaftskrise vergrössern. Die Ausnahmesteuer gegen die Konsumvereine, die nie etwas anderes gewesen ist als ein Trinkgeld an die Geldgier der Mittelständler, das Verbot der Einfuhr von Gefrierfleisch durch das den Ärmsten der Armen der Fleischgenuss unmöglich gemacht worden ist, die Prämien an die Agrariere für die Ausfuhr von Nahrungsmitteln, das alles ist nur Interessentenpolitik und mit den Interessen der Allgemeinheit unvereinbar.

Aber auch auf anderen Gebieten haben die bürgerlichen Parteien sich immer mehr von dem Interesse kleiner besitzender Schichten als von dem der Allgemeinheit leiten lassen. In den bürgerlichen Parteien sitzen viele, die ein persönliches Interesse daran haben, dass die vom ganzen deutschen Volk verlangte Einführung einer Höchstgrenze für Pensionen und der Anrechnung von anderem Einkommen bei dem Bezug von Pension verhindert wird. Noch in der letzten Reichstagsdebatte über dieses Thema haben die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftspartei Abgeordnete reden lassen, die nur aus persönlichem Interesse dem sozialdemokratischen Antrag Widerstand leisteten. Gilt ferner dasselbe nicht auch von Herrn Dr. Scholz, dem Führer der Deutschen Volkspartei, der trotz seines kläglichen Versagens als Reichswirtschaftsminister eine hohe Pension bezieht und überall als Wortführer gegen die Pensionskürzung auftritt? Ist es nicht Interessentenpolitik, wenn die bürgerlichen Parteien zwar dauernd über Steuerflucht und Kapitalflucht jammern, aber nichts tun, um ihren Klassengenossen, die sich dadurch auf das schlimmste gegen die Interessen der deutschen Wirtschaft vergehen, das Handwerk zu legen?

Der Führer der Deutschen Volkspartei, Herr Dr. Scholz, hat der Sozialdemokratie wegen ihres Antrages auf Aufhebung der Ausnahmeverordnungen heftige Vorwürfe gemacht. Derselbe Herr Dr. Scholz hat aber im Namen der Deutschen Volkspartei der Reichsregierung gedroht, sie würde für den Antrag der Sozialdemokraten stimmen, wenn die Regierung die brutale Kopfsteuer nicht in die Verordnungen aufnehme. Schliesslich sei auch daran erinnert, dass die Wirtschaftspartei unter der Führung des jetzigen Reichsjustizministers Dr. Bredt das Republikschutzgesetz zu Fall brachte, als eine Mehrheit des Reichstags Hausbesitzerwünsche zur Siedlungsgesetzgebung nicht erfüllen wollte. Und wie ist schliesslich das Verhalten der Bayerischen Volkspartei zu bewerten, die der für Jahrzehnte geltenden Younggesetzen die Zustimmung versagte, nur weil man ihr die Erfüllung - damit in keiner Weise im Zusammenhang stehender - finanzieller Sonderwünsche versagte. Niemals hat die Sozialdemokratie so oder ähnlich gehandelt.

Das sind die Tatsachen! Und da redet der Reichsfinanzminister davon, ob wir ein Staatsvolk oder ein Interessentenvolk sein wollen. Ein Staatsvolk werden wir aber nur dann sein, wenn das deutsche Volk am 14. September denjenigen die Quittung gibt, die am 18. Juli Herrn Dietrich Beifall geklatscht haben.



SPD. Die Industrie, die angeblich auf dem letzten Loch pfeift, hat den kommenden Wahlkampf von langer Hand finanziert. Das beweist ein Rundschreiben, das der Reichsverband der deutschen Industrie vor Monaten versandte. Das Rundschreiben macht es den einzelnen Fachverbänden zur "moralischen Pflicht", von ihren Mitgliedern einen Durchschnittssatz von 1 Mark für jeden beschäftigten Arbeiter und Angestellten zu erheben. Die Einzahlungen müssen bis zum 1. August 1930 erfolgt sein.

Bedenkt man, dass die deutsche Industrie restlos über ihre Fachverbände im Reichsverband der deutschen Industrie organisiert ist, die Grosskonzerne in Deutschland wie Siemens, die Vereinigten Stahlwerke oder der Farbentrust 100 000 bis 200 000 Mann beschäftigen und wir in Deutschland rund 20 Millionen Arbeiter und Angestellte haben, so ergibt sich, welche Summen bei dem Reichsverband der deutschen Industrie bis zum 1. August 1930 zusammenfliessen werden. Man will diese Gelder in einem besonderen Fond vereinigen mit dem ausgesprochenen Zweck, denjenigen Parteien Wahlsubventionen zu geben, die nach der Pfeife der Industriellen tanzen. In Betracht kommen sämtliche Parteien von den Demokraten bis zu den Nationalsozialisten.

Es handelt sich bei den Plänen der Industrie um die Verwirklichung von Projekten, die auf sämtlichen industriellen Tagungen der letzten Zeit erörtert wurden. Der Präsident des Reichsverbandes der deutschen Industrie Duisberg hat ihnen wohl in einer Kundgebung des Reichsverbandes am besten Ausdruck gegeben, indem er die Mitglieder des Reichsverbandes aufforderte, dem politischen Leben nicht passiv gegenüberzustehen, sondern in die Parlamente der Gemeinden, der Länder und des Reiches hineinzugehen. Deshalb der Wahl- oder besser gesagt der Korruptionsfond.

Streik- und Aussperrungskassen bestehen in der deutschen Industrie von jeher. In den meisten Fällen wird ein Beitrag von 3 bis 5 Mark pro Kopf der Belegschaft erhoben. Einzelne Unternehmen und Institute haben auch schon politische Subventionen gegeben. Hier sei nur an das Ostelbische Kohlsyndikat erinnert, das während der letzten Reichstagswahl an bürgerliche Parteien, auch an die Nationalsozialisten, Wahlgelder verteilte. Beim Reichsverband der deutschen Industrie wurde bereits im Jahre 1921 ein Fond eingerichtet, für den nach der Stabilisierung der Mark, im Jahre 1925, eine Nachzahlung angefordert und geleistet wurde. In dem oben erwähnten Rundschreiben sagt der Reichsverband zu der damaligen Nachzahlung, dass es "durch diese ausserordentlichen Mittel möglich gewesen sei, in manche für die Industrie wichtige Angelegenheit tatkräftig einzugreifen und Erfolge zu erzielen." Wir wissen, wie es um das "tatkräftige Eingreifen" und um die "für die Industrie wichtigen Angelegenheiten" steht. Aus dem Wahlfond erhalten nur solche Parteien Unterstützung, die den Protektionskindern des Reichsverbandes sichere Stellen auf ihren Parteilisten einräumen. Dass diese Protektionskinder wissen, was sie ihren Geldgebern schuldig sind, haben sie ja im Reichstag durch ihren Kampf gegen die Arbeitslosenversicherungen durch die Verschlechterung der Krankenfürsorge und die Abwälzung der Steuerlasten auf die breiten Massen bewiesen. Was die Industrie für Wahlzwecke zahlt, holt sie durch die Tätigkeit ihrer Vertreter in den Parlamenten doppelt und dreifach heraus.

Das System der Wahlsubventionen hat sich für das deutsche Unternehmertum bewährt. Deshalb darf man sich nicht wundern, wenn es für den kommenden Wahlkampf seine Subventionen vervielfacht und Millionen und Abermillionen für die Agitation der bürgerlichen Parteien zur Verfügung stellt.

-----

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Der Herr Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichskabinetts den Termin für die Neuwahl des Reichstages auf Sonntag, den 14. September festgesetzt.

-----

SPD. London, 18.Juli (Eig.Drahtb.)

Seit Cromwell die englische Revolution damit einleitete, dass er seine Anhänger im Parlament beauftragte, das Zepter hinauszuschaffen, seit diesem Jahre 1653 hat es sich nicht mehr ereignet, dass sich jemand an dem Symbol der Würde des Präsidenten und des Parlamentes vergriffen hat. Kein Wunder, wenn deshalb das Gebaren des der unabhängigen Arbeiterpartei angehörenden Abg. Backett die grosse Sensation des Tages bildet, über die die englische Presse noch am Freitag abend spaltenlang berichtet. In keinem Lande wird mehr auf Formen geachtet wie in England. Die Entrüstung über das Betragen Backetts ist deshalb allgemein. Selbst seine Parteifreunde beklagen es tief und nennen es ein Stück aus dem Tollhaus. Politisch betrachtet konnte Backett nichts ungeschickteres beginnen. Selbst wenn er in der Sache recht gehabt hätte, so hat er ihr durch sein Vorgehen nicht genützt, sondern geschadet. Auch der Brief, den Backett am Freitag an den Präsidenten des Unterhauses geschrieben hat, ändert daran nichts. Backett erklärt darin, dass er keineswegs die Würde des Vorsitzenden habe verletzen wollen.

Verschiedene Abgeordnete verlangen, gestützt auf Backetts Verhalten, eine Verschärfung der Geschäftsordnung des Unterhauses und wollen beantragen, Backett für den Rest der jetzigen Parlamentssession auszuschliessen. Die Fraktion der Labour Party wird sich am Dienstag mit dem Betragen Backetts beschäftigen.

---

SPD. Der bisherige deutschnationale Reichstagsabgeordnete Wallraf hat an Hugenberg ein Schreiben gerichtet, in dem er mitteilt, dass er sein Amt im Parteivorstand niederlege und gleichzeitig aus der Partei austrete, da er die vom Parteivorsitzenden getriebene Politik mit seinem persönlichen Verantwortungsgefühl nicht mehr zu vereinbaren vermöge.

Der bisherige deutschnationale Abgeordnete Masslacher hat der Deutschnationalen Volkspartei ebenfalls den Rücken gekehrt.

---

SPD. Köln, 18.Juli (Eig.Drahtb.)

Die kommunistische Stadtverordnete Lehrerin Helene Otto, die vor einigen Jahren von der Sozialdemokratie zu den Kommunisten hinübergewechselt ist, hat jetzt ihren Austritt aus der K.P.D. erklärt und ihr Mandat niedergelegt. Frau Otto dürfte sich zu diesem Schritt durch den Erlass der preussischen Regierung gegen die Bestätigung von Kommunisten und Nationalsozialisten in amtlichen Stellungen veranlasst gesehen haben.

---

SPD. London, 18.Juli (Eig.Drahtb.)

Die Interparlamentarische Union setzte am Donnerstag und Freitag ihre Arbeiten und ihre Aussprachen fort. Deutschland wurde in den Diskussionen durch Heile und vor allem durch Schücking vertreten, der auch dem Präsidium des Kongresses angehört. Schücking beschäftigte sich besonders mit der Frage der europäischen Schiedsgerichtsbarkeit.

---

SPD. Magdeburg, 18.Juli (Eig.Drahtb.)

Als Hauptschuldiger an dem Zwischenfall während des deutsch-französischen Länderschwimmens in Zeitz ist der Angestellte des Magdeburger Katasteramtes Schulenburg ermittelt worden. Schulenburg war bis zum Tage vor seiner Ermittlung

lung Mitglied der Nationalsozialistischen Partei. Er ist von seiner Behörde fristlos entlassen worden.

Im Verlaufe des Zeitzer Zwischenfalls wurde ein Mann, der in den Streit zwischen französischen Schwimmern und Nationalsozialisten schlichtend eingreifen wollte, durch einen Messerstich verletzt. Als mutmasslicher Täter wurde wenige Tage darauf ein französischer Schwimmer von einem Zeitzer Schnellgericht zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

-----  
SPD. Leipzig, 18. Juli (Eig.Drahtb.)

Der Putschist und thüringische Innenminister Frick hat vor dem Staatsgerichtshof einen neuen Reinfall erlebt. Seine Klage gegen das Reich auf Erlass einer einstweiligen Verfügung zur Weiterzahlung der umstrittenen Polizeikostenzuschüsse wurde von dem Staatsgerichtshof abgewiesen.

In der Begründung des Urteils führte Präsident Bumke aus: "Der Staatsgerichtshof hält an der Auffassung fest, dass er rechtlich nicht behindert ist eine einstweilige Verfügung zu erlassen, bevor die Entscheidung in der Hauptklage, die das Land Thüringen beantragt hat, gefällt ist. Die Befugnis des Staatsgerichtshofes stützt sich auf die Reichsverfassung.... Nach der in der mündlichen Verhandlung wiederholten, mit einer Reihe von Tatsachen belegten Erklärung des für die Ruhe und Sicherheit in Deutschland verantwortlichen Reichsministers des Innern muss der Staatsgerichtshof mit der Möglichkeit rechnen, dass der Erlass der von Thüringen beantragten einstweiligen Verfügung zwar auf der einen Seite finanzielle Nachteile von Thüringen abwende, auf der anderen Seite aber gleichzeitig die Interessen des Reiches schwer gefährdet. Unter diesen Umständen muss von dem Erlass einer einstweiligen Verfügung abgesehen werden. Eine vorläufige Anordnung konnte bei dieser Sachlage nur in Frage kommen, wenn es möglich wäre, die Regelung so zu treffen, dass auf der einen Seite die von Thüringen befürchteten Nachteile abgewendet und auf der anderen Seite auch den vom Reich befürchteten Gefahren vorgebeugt würde. Irgendwelche Vorschläge für eine solche, beiden Interessen gerechtwerdende Lösung sind von den Streitparteien trotz ausdrücklicher Anregung des Staatsgerichtshofes nicht gemacht worden."

-----  
SPD. Der Reichspräsident hat am Freitag aufgrund des Artikels 48 der Reichsverfassung folgende Verordnung erlassen :

"Auf das Verlangen des Reichstages in dem Beschluss vom 18. Juli 1930 werden gemäss Artikel 48 Absatz 3, Satz 2 der Reichsverfassung die folgenden beiden Verordnungen, 1. Verordnung des Reichspräsidenten aufgrund des Artikels 48 der Reichsverfassung über Deckungsmassnahmen für den Reichshaushalt 1930 vom 16. Juli 1930 (Reichsgesetzblatt 1. Seite 207), 2. Verordnung des Reichspräsidenten aufgrund des Artikels 48 der Reichsverfassung über Zulassung einer Gemeinde-Getränkesteuer vom 16. Juli 1930 (Reichsgesetzblatt 1. Seite 212), hiermit ausser Kraft gesetzt."

-----  
SPD. Kairo, 18. Juli (Eig.Drahtb.)

In unterrichteten Kreisen des Wafd wird der baldige Rücktritt des Kabinetts Sidky Pascha erwartet. Man glaubt Anhaltspunkte dafür zu haben, dass die Stellung der Regierung durch die Intervention des englischen Oberkommissars bei den König stark erschüttert ist.

Die Hauptorgane der wafdistischen Opposition sind inzwischen von der Regierung bis auf weiteres verboten worden.

SPD. Mit Ausnahme des Zentrums hat jede der bisher hinter der Regierung stehenden Parteien anlässlich der Auflösung des Reichstags noch am Freitag einen Wahlauftrag an die deutsche Wählerschaft erlassen. Von ihrem unreinen Gewissen geplagt versichern alle, dass sie den bevorstehenden Wahlkampf nicht gewollt haben und das Wohl des Volkes ihr oberster Wahlspruch sei. Schlimmer kann der Wahrheit wohl kaum Gewalt angetan werden. Nicht Politik im Interesse des Volkes - Cliquenpolitik ohnegleichen war das oberste Gesetz der am Freitag zusammengebrochenen Regierungskoalition und ihrer Träger.

+ + +

In einem am Freitag abend veröffentlichten Aufruf der Reichsregierung heisst es : "

"An das Volk ergeht der Ruf, selbst über seine Zukunft zu entscheiden. Will das Deutsche Volk der Reichsregierung versagen, was zur Ordnung der Finanzen, zur Erhaltung der deutschen Wirtschaft und zur Sicherung der sozialen Verpflichtungen nötig ist? Das ist die Frage des 14. September."

Nein, die Frage des 14. September ist die, ob die Ordnung der Finanzen allein auf Kosten der arbeitenden Volksschichten hergestellt werden soll, wie es die hinter der Regierung stehenden Interessenten wünscheten oder auch auf Kosten der Schichten, die dazu dank ihres Besitzes und ihres Einkommens in erster Linie in der Lage sind, wie es die Sozialdemokratie wollte und vorge-  
schlagen hat.

SPD. Der Preussische Ministerpräsident Dr. Braun hat an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz und an den Regierungspräsidenten in Wiesbaden ein Schreiben gerichtet, in dem es heisst :

"Es ist mir eine besondere Freude, Ihnen mitteilen zu können, dass die Preussische Staatsregierung als kleines Zeichen der Dankbarkeit an die Bevölkerung der bisher besetzten rheinischen Gebiete eine Spende von 300 000 RM bewilligt hat, die für die Verschickung erholungsbedürftiger Kinder und für die Müttererholungsfürsorge verwendet werden soll. Von allen Seiten ist in diesen Tagen der rheinischen Bevölkerung dankbar gedacht worden. Gleichwohl möchte ich den gegenwärtigen Anlass gern benutzen, um namens der Preussischen Staatsregierung gerade den rheinischen Müttern, die mit ihren Kindern in der langen Zeit der Besatzung viele Opfer auf sich genommen und seelische Leiden mit Standhaftigkeit und in Treue zum deutschen Vaterlande getragen haben, noch ganz besonders zu danken. Indem ich Sie bitte, diesen Dank der rheinischen Bevölkerung bekannt zu geben, spreche ich die Hoffnung aus, dass die Spende zur Gesunderhaltung der rheinischen Mütter und zur Stärkung unserer rheinischen Jugend beiträgt."

SPD. Bochum, 18. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Vereinigten Stahlwerke entlassen zum 15. August auf der Zeche Prinzregent 400, auf der Zeche Bruchstrasse und Karolinenglück je 100 Mann. Als Grund wird "die weitere Absatzverschlechterung" auf dem Kohlenmarkt bezeichnet

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

## Die entscheidende Sitzung.

SPD. Berlin, 18. Juli (Eig. Bericht)

Zum ersten Male in der Republik ist ein Reichstag im Kampfe mit der Regierung in offener Parlamentssitzung aufgelöst worden. Es war wirklich einmal ein Ringen grossen Stils mit dramatischer Bewegung und höchster Spannung. Die Entscheidung blieb ungewiss, bis der Präsident das Ergebnis der Abstimmung bekannt gab.

Die Führung des Kampfes zwischen Parlament und Regierung, zwischen Volksrecht und Diktaturgelüsten ist unbestritten bei der Sozialdemokratie. In dem Augenblick als sie ihre Anträge gegen die Notverordnungen einreichte, als sie ihr Misstrauensvotum gegen die Regierung Brüning stellte, war die Schicksalsfrage aufgerollt.

Die Sozialdemokratie sandte ihren ausgezeichneten Juristen, ihren vornehmsten Sprecher den Abgeordneten Landsberg ins Treffen. Er hielt sich, wie es seine Art ist, von aller Agitation fern. Mit zwingenden Gründen des Staatsrecht, mit der klaren Berufung auf den Artikel 48 wies er die Verfassungswidrigkeit der Diktaturverordnungen nach. Der Reichskanzler Brüning, der in dieser grossen Sitzung einen beklagenswerten Eindruck machte, wurde während dieser grossen sozialdemokratischen Rede durch eine Unterhaltung mit dem volksparteilichen Führer Scholz in Anspruch genommen. Die sozialdemokratische Fraktion duldet die Fortsetzung dieses Gesprächs nicht. Durch stürmisches Aufbegehren verlangte sie, dass der Kanzler die Anklagerede der grossen deutschen Arbeiterpartei Wort für Wort in sich aufnehme. Landsberg schenkte dem Manne auf dem Kanzlersitze, dessen hilflose Politik dem Staatsstreich zutreibt, nichts: Misstrauen gegen eine so geführte Regierung, schärfster Kampf gegen dieses Regime - so schloss der sozialdemokratische Redner, und der laute minutenlange Beifall unserer Fraktion umbrauste ihn.

Zwei Minister wurden gegen Landsberg aufgeboten. Der Verfassungsminister Dr. Wirth und der Reichsfinanzminister Dr. Dietrich. Als Wirth am Rednerpult erschien, riefen ihm viele zu "Wo steht der Feind, Herr Wirth? Der Feind steht rechts!" Diese Rede Wirths war, wohlwollend ausgedrückt, ein schwerer Versager. Selbst die Regierungsparteien nahmen sie mit eisiger Kühle auf. Fühlte er sich dem scharfsinnigen Juristen Landsberg nicht gewachsen? Der Verfassungsmminister machte nicht einmal den Versuch, die verfassungsrechtliche Frage zu klären. Er gab sich damit juristisch und tatsächlich geschlagen. Was er in solcher Stunde daherredete in bekanntem Pathos über Krise des Parlamentarismus über sein Gewissen und Ähnliches wirkte beinahe peinlich. Auch die Regierung und ihre Parteien fühlten wohl den Misserfolg. Darum trat später der Reichsfinanzminister Dr. Dietrich auf die Tribüne. Inhaltlich war seine Rede womöglich noch dürftiger als die Wirths, aber er verstand doch wenigstens, einige Schlagworte für den Wahlkampf zu formulieren. Es war die erste Ministerrede im Wahlkampf. Erleichtert brachen die Regierungsparteien wiederholt in stürmischen Beifall aus. Am lautesten jubelten sie, als Dietrich am Schluss die Losung ausgab: "Schluss mit der Interessenpolitik". Aber noch einmal meldete sich Landsberg zum Wort. Nur fünf Minuten Redezeit blieben ihm, aber wie nützte er sie aus! Schlag auf Schlag sass sein Gegenstoss: "Sie beziehen sich auf Preussens Notverordnungen, aber keiner von Ihnen weiss, oder er unterschlägt es, dass dort Notverordnungen nur in Abwesenheit des Parlaments und nur in Uebereinstimmung mit einem vom Parlament eingesetzten Ausschuss beschlossen werden. Ihr Minister redet gegen Interessenpolitik, aber Sie sind doch die Interessentenparteien. Sie, die Wirtschaftsparteiler, haben die Konsumvereins- und Warenhaussteuer aus reiner Interessentenangst beschlossen und jetzt aus Interessentenpolitik die Gemeindegetränksteuer abgelehnt. Sie von der Deutschen Volkspartei wollen aus Interessenpolitik keine Senkung der Besitzsteuern und die Schonung der Grosspensionäre. Sie von der Bayerischen Volkspartei lassen aus Interessentenfurcht lieber die Reichsfinanzen zu Grunde gehen als dass Sie eine ausreichende Biersteuer bewilligen und Sie stellten bei der Entscheidung



über den Youngplan Bayern über das Reich. Wir, so fuhr Landsberg fort, haben den Mut, auch unseren Aermsten Anhängern Opfer zuzumuten, wie wir es mit unserer Forderung auf Erhöhung der Beiträge für die Erwerbslosenversicherung bewiesen haben, während Sie im Unternehmerinteresse so lange diese Beiträge bekämpft haben." Immer wieder mahnte der Zentrumsabgeordnete Esser den Abgeordneten Landsberg zum Schlusse zu kommen, denn das Zentrum fühlte wohl, dass das alles auf seine Reichs-Interessentenpolitik genau so passte.

Oberfohren von der deutschnationalen Hugenberggruppe hatte den einzigen allerdings grossen Heiterkeitserfolg, den es an diesem ernsten Tage gab, als er die Steuerpolitik Brünings eine sozialistische nannte. Minutenlang brauste das Gelächter der Linken durch das Haus. Oberfohren schloss mit dem Fehderuf an die Regierung. Dr. Scholz von der Volkspartei klagte später, dass Oberfohren Herrn Brüning Unrecht tue, denn dieser stehe im Grunde auf dem Boden des deutschnationalen Steuerprogramms und sozialpolitischen Abbauprogramms. Der grosse Schweiger Brüning hatte auch dazu nichts zu sagen, aber Herr Meyer von den Demokraten protestierte gegen Herrn Scholz, denn dessen Feststellung ist für die sterbenden Demokraten Gift im Wahlkampf. Graf von Westarp verlas elegisch die Erklärung für Brüning und gegen Herrn Hugenberg. Westarp will nicht mit den Marxisten eine bürgerliche Regierung stürzen.

Um 12 Uhr 40 begannen die Abstimmungen. Ein letztes Manöver wird von den Regierungsparteien versucht- Sie beantragen, über das sozialdemokratische und das kommunistische Misstrauensvotum vor dem Antrage Breitscheid, die Notverordnungen aufzuheben, abzustimmen. Zweck: Man will bei Annahme eines Misstrauensvotums Herrn Brüning Gelegenheit geben, den Reichstag sofort aufzulösen und die Notverordnungen dann in Kraft zu lassen. Aber schon steht Dittmann auf der Treppe zum Präsidentensitz. Zwei Stufen unter ihm der Kommunist Torgler. In dem Augenblick, als die Regierungsparteien beschliessen, zuerst über die Misstrauensvoten abzustimmen, ziehen Dittmann und Torgler die Misstrauensvoten zurück. Einen Augenblick sind die Parteien der Mitte verblüfft. Dann lachen einige verlegen. Der überraschende Schachzug ist gelungen. Brüning bleich und gebückt, geht zum Zentrum hinunter, um seine Stimmkarte für die nun unvermeidlich gewordene sachliche Abstimmung zu holen. Präsident Löbe macht um 12 Uhr 46 bekannt, dass der Antrag Breitscheid auf Aufhebung der ersten Notverordnung zur Abstimmung steht. Der Saal ist dicht gefüllt. Die Abgeordneten drängen sich um die Schriftführer, die die Stimmkarten einsammeln. Um 12 Uhr 52 ist die Abstimmung geschlossen. Wenige Augenblicke später verkündet der Präsident das Ergebnis. 236 Ja, 221 Nein. Der Reichstag hat die Notverordnungen aufgehoben. Brüning ist parlamentarisch geschlagen.

Mitten in der grossen Bewegung erhebt sich der bleiche Mann, das Werkzeug anderer, der in dieser Sitzung kein Wort der Verteidigung gefunden hatte, um in grosser Aufregung mit schwacher Stimme die Auflösungsorder des Reichspräsidenten zu verlesen. Im Lärm der Kommunisten geht der Inhalt des Staatsdokuments beinahe unter. Die Kommunisten stimmen die Internationale an. Die übrigen Parteien nehmen das geschichtliche Ereignis schweigend auf. Rasch leert sich der Saal. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion tritt sofort zusammen. Otto Wels hält die erste Kampfrede für die Wahlschlacht. Die alte grosse Liebe zur Partei glüht aus seinen Worten, lebt in der ganzen Fraktion. Ein dreifaches Hoch auf unsere Sozialdemokratie. Händeschütteln von Parteifreund zu Parteifreund. Die roten Fahnen der Partei sind entrollt. Wir folgen ihnen und werden sie zum Siege tragen.

# Aus aller Welt

Pan=Europa, von oben gesehen...

Beginn des grossen Europa=Rundfluges.

SPD. Dicht hinter Spandau liegt, ein wenig idyllisch und dem Getriebe der Weltstadt entrückt, der Flugplatz Staaken. Von oben gesehen, sieht er wie eine appetitlich angeordnete Malerpalette aus. Ein Sammelsurium in Reih und Glied geordneter Farbenkleckse, niedlich anzuschauen wie der Inhalt einer Spielzeugschachtel. Wenn man aber in diesen Tagen dem Staakener Flugplatz einen Besuch abstattet, so wird man bestimmt nicht auf eine behaglich träumende Idylle stossen, sondern ganz auf das Gegenteil. In Staaken herrscht ein Betrieb wie in einem aufgescheuchten Bienenkorb. Man sieht sehr aufgeregt und geschäftig Mechaniker und Piloten hin und her laufen, Flugzeuge steigen zu kurzem Probeflug in eleganter Kurve in die Luft und wenn man den vielen mehr oder weniger melodischen Zungenschlägen nachgeht, die sich in Staaken bemerkbar machen, so kann man auf die Annahme verfallen, im internationalen St. Moritz oder auf den Bergen von Davos zu sein. Man hört englisch, polnisch, Schwyzer Dütsch, spanisch und noch manches andere Idion.

Die Internationale der Luft.

Der Hochbetrieb in Staaken hat schon seine Gründe. Am Freitag mittag um 12 Uhr war der Meldeschluss zum grossen Europa=Rundflug, der am Sonntag vom Flugplatz Tempelhof aus beginnen soll. Hundert Maschinen sind angemeldet, sechzig Flugzeuge haben sich bisher eingefunden. Neben Deutschland, das naturgemäss einen hohen Prozentsatz der Beteiligten stellt, sind die Engländer mit sieben, die Franzosen mit zwölf, die Schweizer mit zwei, die Polen mit zwölf und die Spanier mit drei Flugzeugen vertreten.

Parade der Gegner.

Die Berliner sind ein neugieriges Volk. Sie müssen bei allem dabei sein und geben gern ihr fachmännisches Urteil ab. Das ist in diesem Falle nur gut so, denn die Staakener Flieger sehen gern das, was man im Film Edelkomparserie zu nennen pflegt. Wenn man die Flugzeughalle besichtigt, und es sind Hunderte da, die sich den kleinen Abstecher an die Peripherie der Weltstadt leisten, so meint man, in einer Fabrik für fertige Flugzeuge zu sein. In der grossen Luftschiffhalle sowie in der weiten, sehr grosszügig angelegten Halle III stehen die Flugzeuge, als ob sie zur Parade angetreten wären, sozusagen in Tuchfühlung. Es ist ein eigenartiges Bild, diesen Schwarm der Luftvögel so still und friedlich nebeneinander zu sehen. Deutsche neben Polen, Franzosen neben Engländern, Spanier neben Schweizern, so sind sie aufmarschiert, ruhig und mit schlafenden Motor, als Kameraden und nicht als Feinde. Wenn sie beim Startschuss in die Lüfte steigen werden, wird der hitzige Kampf, der diese Kameraden dann plötzlich zu Gegnern macht, immerhin einem friedlichen und sportlich höchst interessanten Ziel gewidmet sein. Es ist bestimmt weit besser und ehrenvoller, als die Aufgabe, Bomben zu werfen...

Spezialärzte in Oelkitteln.

Es wird gehämmert und untersucht, gefeilt und nachgeprüft. Mechaniker stehen in ihren schmutzigen öldurchtränkten Arbeitskitteln an den Maschinen und untersuchen sie mit einer Sorgfalt, die jedem Spezialarzt in seiner Sprechstunde Ehre machen würde. Es ist auch höchste Zeit, eventuellen Defekten auf die Spur zu kommen, denn bis Sonnabend nachmittag um drei Uhr muss die technische Prüfung und Abnahme der Flugzeuge erfolgt sein. Hand in Hand damit geht das

Einteilen und Abwiegen der beiden Gewichtsklassen, die für den Europa-Rundflug in Frage kommen. Es sind Maschinen im Gewicht von 280 und 400 kg.

#### Himmlischer Fünfminutenverkehr.

Den Zuschauern macht es grosses Vergnügen, die Ankunft der einzelnen Wettbewerber zu beobachten und die Gäste mit humorvollem Sonderapplaus zu begrüßen. Es geht zug um Zug, alle fünf bis zehn Minuten erscheint am regenverhangenen Himmel ein Flugzeug, um in eleganter Schleife am Boden aufzusetzen. Schön in den ersten Vormittagsstunden beginnt diese Flugzeugrevue und geht durch bis mittags um 12 Uhr. Kurz nach  $\frac{1}{4}$  10 Uhr erscheint der erste Flugeuropäer, ein Pole, der mit einem Leichtflugzeug zum Wettbewerb gekommen ist. Drei Minuten später surren zwei Franzosen heran, dann kommt ein Engländer und um  $\frac{3}{4}$  10 melden sich die drei Spanier auf einmal. Osterkamp, der bekannte deutsche Pilot, erscheint kurz nach 10 Uhr mit seinem Klemm-Leichtflugzeug. Eine halbe Stunde später kann man den Franzosen Fauvel begrüßen und der 60., der um 12 einläuft, ist der Pilot Gipsy. Auf dem Flugplatz ist die Spannung gross, wo sind die vielen anderen, die sich noch gemeldet haben? Tausend Augen suchen den Himmel ab, 500 Leute zucken verstimmt und verärgert ihre Achseln. Denn die Flugleitung hält auf strenge Ordnung und will jeden erbarmungslos von dem grossen Rundflug ausschliessen, der nach 12 Uhr mittags "eintrudelt". Da ertönen von einer nahen Kirchturmsuhr 12 metallene Schläge -, die Herren von der Prüfungskommission geben einen leisen Seufzer von sich und machen einen Schlusstrich in ihr Notizbuch. Wer jetzt kommt, kann nur noch inoffiziell am Fluge teilnehmen.

#### Miss Spooner stellt sich vor...

Es ist eine recht gemischte Fliegergesellschaft, die sich in Staaken zusammen gefunden hat. Neben erprobten und wetterfesten Berufsfliegern, ausgesprochenen Prominenten der luftigen Branche sieht man auch einige Damen, die wohl mehr die Lust an der aufregenden Sensation zur Teilnahme am Europaflug getrieben hat. Allerdings sind die beiden Engländerinnen, die bereits seit Donnerstag in Staaken sind, durchaus ernsthafte Fachleute. Lady Bailey hat schon am vorjährigen Europaflug teilgenommen und Miss Spooner ist eine bekannte Sportfliegerin, die in ihrer Heimat schon einen guten Namen hat. Jetzt stehen sie munter und verghütet herum, lassen sich von Interessenten knipsen und glauben an ihren Sieg. Aber diesen Glauben haben sie schliesslich alle.

#### 7560 Kilometer in der Luft.

Der Rundflug über insgesamt 7560 Kilometer von Berlin über Frankfurt/Main-Calais-London-Paris-Zaragoza-Madrid-Sevilla-Barcelona-Nimes-Lausanne-Bern-München-Wien-Prag-Breslau-Warschau-Königsberg-Danzig nach Berlin zurück. Am Sonntag früh Punkt neun Uhr wird die grosse Luftreise beginnen. Inzwischen stehen die Piloten vor dem schützenden Dach der Luftschiffhalle und sehen ein wenig verstimmt in den Himmel, von dem es seit Stunden in monotonem Einerlein Nass herunterrieselt. Ein Flug im Regen ist kein guter Beginn und auch kühne Luftbewinger sind manchmal aber gläubisch. Da läuft ein Angestellter des Flughafens vorüber und ruft den Piloten hastig ein paar Worte zu. "Was ist los?" fragt einer neugierig. "Guritzer ist auf dem Wege nach Staaken notgelandet." "Schade!" brummt ein anderer und sieht nachdenklich zum Himmel, "Guritzer hätte seine gute Chance gehabt. - - "

+ + +  
Brandunglück in Berlin. In den ersten Morgenstunden des Freitag brach im Dachstuhl eines Quergebäudes in Neukölln ein Brand aus. Die Feuerwehr bekämpfte den Brand mit zwei Löschzügen. Als fünf Feuerwehrleute auf den Dachboden drangen, erfolgte anscheinend durch Entwicklung von Gasen eine Explosion. Unter dumpfem Knall schossen den Feuerwehrleuten Stichflammen von so grosser Wucht entgegen, dass ein noch auf dem Treppenabsatz stehender Beamte von der obersten Treppe bis zum nächsten Treppenabsatz herunter geschleudert wurde. Auch die anderen Feuerwehrleute wurden von den Stichflammen erfasst und brachen zum Teil zusammen. Vier der Verunglückten mussten mit schweren Brandwunden ins Krankenhaus gebracht werden. Das Feuer konnte nach einer knappen halben Stunde

gelöscht werden.

+ + +  
Wirbelsturm in Ostasien. Die japanische Insel Kjusiu ist von einem ungeheuren Taifun heimgesucht worden. Alle Verkehrsverbindungen mit der Insel wurden unterbrochen. Es wird befürchtet, dass der Taifun nicht nur schwere Sachschäden angerichtet, sondern auch zahlreiche Todesopfer gefordert hat. Der Taifun bewegte sich in der Richtung auf Korea weiter, das in den letzten Tagen bereits von grossen Ueberschwemmungen heimgesucht wurde. In den letzten Tagen sind in Korea mehrere Erdbeben erfolgt, durch die ein Dorf verschüttet wurde und 50 Personen getötet worden sind.

+ + +  
Ein deutscher Frachtdampfer verbrannt. Im Atlantischen Ozean ist der Frachtdampfer des Norddeutschen Lloyds "Targis" in Brand geraten. Die Mannschaft des Dampfers und die Passagiere, deren Zahl nicht genau bekannt ist, wurden von dem englischen Dampfer "Rangitata" aufgenommen und in Sicherheit gebracht. Die "Rangitata" wird die Schiffbrüchigen am 22. Juli in Southampton an Land bringen. Die "Targis" war für die Beförderung von etwa 12 Reisenden eingerichtet. Das Schiff ist inzwischen gesunken.

+ + +  
Auf einer Segelpartie verunglückt. Im Stettiner Haff wurde ein Segelboot kieloben treibend gefunden und geborgen. Es wurde festgestellt, dass in dem Boote der 20jährige Sattlergeselle Otto Viertel und der 34 Jahre alte Händler Erich Pieper aus Stettin eine Segelfahrt nach Swinemünde unternommen hatten, um dort an einer Segelregatta teilzunehmen. Da die beiden jungen Leute seit ihrer Ausfahrt vermisst werden, dürften sie auf ihrer Fahrt ertrunken sein.

+ + +  
Absturz in den Alpen. Auf einer Wanderung von Brig (Schweiz) über den Simplon verfehlte der 21jährige Kunstmaler Bruno Klostermann aus Stettin den Weg und stürzte in eine tiefe Felsenspalte. Erst nach zwei Tagen wurde er bewusstlos mit schweren Verletzungen von zwei Arbeitern aufgefunden und nach Brig ins Krankenhaus gebracht.

+ + +  
Verhaftung von Rauschgiftschmugglern. Der aus Aegypten stammende Händler Hussein el Neanai und vier Komplizen wurden in Wien unter dem Verdachte der Zugehörigkeit zu einer berüchtigten, von einem gewissen Zelinger geführten Rauschgiftschmuggelbande verhaftet.

+ + +  
Der Löw' ist los! Auf dem Güterbahnhof in Anklam machten Wärter eines Rauttierzirkus, der zum bevorstehenden Schützenfest nach Anklam gekommen war, beim Öffnen des Waggons, in dem die Tiere untergebracht waren, die Entdeckung, dass zwei Löwen ihren Käfig verlassen hatten und über die anderen im Wagen befindlichen Tiere hergefallen waren. Sie hatten bereits zwei wertvolle Affen und einen Esel zerrissen. Nur mit grösster Mühe konnten die beiden Löwen, die sich sehr wild gebärdeten, eingefangen werden.

+ + +  
Vier Schweine überfallen eine Frau. In einer Vorstadtstrasse in Sofia wurde eine Frau, die auf dem Markt ein Ferkel gekauft hatte und es nach Hause trug, von vier grossen, herumstreichenden Schweinen angefallen, die offenbar durch das Quäken des Ferkels in Wut geraten waren. Die Schweine rissen die Frau zu Boden und zerfleischten sie durch zahllose Bisse. Anwohner der Strasse, die auf die Hilferufe der Ueberfallenen herbeieilten, konnten die rasenden Schweine nur mit grosser Mühe von ihrem Opfer vertreiben. Die Frau wurde in sterbendem Zustande ins Krankenhaus eingeliefert. Der Besitzer der Schweine wurde verhaftet.

# Gewerkschaftliche Rundschau ✘

## Abrechnung!

SPD. Dem grausamen Spiel des Kabinetts Brüning mit der Verfassung, mit dem Arbeiterschütz, mit den Lohn- und Steuergroschen der werktätigen Massen hat die Sozialdemokratie im Reichstag ein Ende gemacht. Am Freitag wurden die Anträge der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur Aufhebung der Verordnung, die unter Missbrauch des Art. 48 Abs. 2 der Reichsverfassung eine Anzahl neuer Steuern wie "Reichshilfe", Einkommensteuerzuschlag, Ledigensteuer, Bürgersteuer, Tabaksteuer und Gemeindegetränksteuer dekretieren, in namentlicher Abstimmung angenommen. Daraufhin hat der Reichskanzler den Reichstag für aufgelöst erklärt. Wir werden also nicht erst im Herbst, sondern bereits vor seinem Beginn einen neuen Reichstag wählen. Die Stunde der Abrechnung ist gekommen.

Sie hat viel auf dem Gewissen - die Regierung Brüning, die reaktionärste aller Regierungen seit der Errichtung der Republik, die der Zentrumsabgeordneter Schlack sie selbst charakterisiert hat. Geschaffen wurde diese Regierung durch Verdrängung der Sozialdemokratie. Nach dem Gesetz, nach dem sie angetreten hat, sie weitergearbeitet. Ihre ganze Tätigkeit war nichts anderes als ein zäher Kampf gegen die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse und damit gegen die grosse deutsche Arbeiterpartei. Die Regierung Brüning hat ihre besten Anwälte in Unternehmerblättern vom Schlage der "Deutschen Allgemeinen Zeitung". Kein Wunder, denn sie war von Anfang nichts anderes als die Vollstreckerin der Wünsche und Forderungen des sozialreaktionär eingestellten Unternehmertums: Schonung der Besitzenden, Schonung des Militärmolochs, aber schärfste Heranziehung der breiten Massen zur Ausräumung des Defizits in den Reichskassen. Nicht von ungefähr war die ganze bisherige Regierungszeit des Kabinetts Brüning ausgefüllt mit erbitterten Kämpfen um die Arbeitslosen- und Krankenversicherung. An den armen Arbeitslosen und an den kranken Arbeitern und Angestellten sollte es heruntergerissen werden, an ihnen wollte man hunderte von Millionen einsparen. Himmelschreiendes Unrecht wurde in den Reichstagsausschüssen von den Bürgerblockparteien unter zynischem Achsenzucken beschlossen. Man erklärte lakonisch und brutal, die Grausamkeiten seien unvermeidlich, da das Reich eben Geld brauche. Und wenn die Sozialdemokratie die hart gesottenen Sünder daran erinnerte, dass man sonstwo im Reich besser sparen könne, als gerade an den Armen und Kleinen, dann reagierten einfach die Unbeschnittenen an Herz und Ohren nicht auf diesen Appell an das Gewissen. Bei diesem seit Wochen und Monaten fortgesetzten Messen mit zweierlei Mass brachten es die Bürgerblockparteien zu einem bisher unerreichten Rekord an Impertinenz und Gewissenlosigkeit gegenüber den Interessen der Massen, die seit Jahr und Tag die Last der Wirtschaftskrise zu tragen haben.

Der volksfeindliche Kurs des Kabinetts Brüning war Selbstzweck; denn die Besitzenden sollten verschont werden - er war aber auch Mittel zum Zweck: Mittel zur Erreichung weitgesteckter Ziele. Hinter dem Kabinett Brüning stehen Kräfte und Elemente, die bewusst auf eine Schwächung des Reichstages und auf eine Stärkung der Macht des Reichspräsidenten hinarbeiten. Diese Elemente haben die Regierung auch dazu gedrängt, mit Hilfe des Art. 48 eine Art Finanzdiktatur zu errichten. Unmittelbar nach der Bekanntgabe der Notverordnungen schrieb die "Deutsche Tageszeitung", das Organ der Agrarier, ganz ungeniert, dass diese Verordnungen der erste Versuch seien, den Reichspräsidenten gegen den Parla-



mentarismus regieren zu lassen. Auf der Rechten predigten die Volksparteiler und die Christlichnationalen den Hubergern, das Kabinett doch ja nicht im Stich zu lassen, denn jetzt sei doch die Forderung der Rechten: "Mehr Macht dem Reichspräsidenten!" bis zu einem gewissen Grade bereits erfüllt. Dass die gesamte Rechte, einschliesslich der Hugenberger, das Kabinett Brüning systematisch auf den Weg der Verfassungsverletzung drängte, steht ganz ausser Zweifel. Für sie sind die "neuen Ufer", zu denen das Kabinett das deutsche Volk von Anfang an führen wollte, die Ufer des Faschismus. Warum nicht auch in Deutschland Faschismus, wo er von Rom bis Helsingfors grosse Mode geworden ist? Warum nicht auch in Deutschland Schwächung der Gewerkschaften ähnlich wie in Österreich durch konzentrischen Angriff von oben und unten, von Regierung und Strassenterroristen? Die politische und gewerkschaftliche Macht der deutschen Arbeiterklasse ist dem in faschistischen Gedankengängen schwelgenden Besitzbürger und Unternehmerscharfmacher schon längst ein Dorn im Auge. Faschismus, das ist die neue Hoffnung aller Sozialreaktionäre - Faschismus, nicht in so dramatischer Form wie in Italien, sondern in deutscher Spiesserform: Faschismus, möglichst von hinten herum und ohne zu grosses Risiko, jedenfalls Schluss mit aller sozialpolitischen Bewegung, Schluss mit der Demokratisierung der Wirtschaft, Schluss mit all den Einengungen der Lohnpolitik der Unternehmer durch Schlichtungswesen und dergl. "Mit der Sozialpolitik geht es nicht höher, das ist nicht zu ertragen", so rief am Freitag kurz vor der Auflösung des Reichstags der demokratische Reichsfinanzminister Dr. Dietrich unter Beifall und Händeklatschen der Rechten den Sozialdemokraten zu. Wer Ohren hat zu hören, der höre!

Die Auflösung des Reichstags ist ganz besonders den freien Gewerkschafter mit einem Gefühl der Erleichterung begrüsst worden; denn jetzt kann wenigstens an die Stelle der Nücken und Tücken einer arbeiterfeindlichen Regierungspolitik der offene Kampf um einen neuen besseren Reichstag treten. Wohl noch bei keinem Wahlkampf während der letzten zehn Jahre standen so sehr in erster Linie die Interessen der Gewerkschaften auf dem Spiel wie diesmal. Die Sozialreaktion will ja nicht nur den Arbeiterschutz zertrümmern, sie will nach dem Muster der Faschisten in allen Ländern den Gewerkschaften selbst an den Kraken. Mit schmatzendem Behagen hat die reaktionäre Presse dieser Tage ihren Lesern mitgeteilt, dass die freien Gewerkschaften Österreichs im vergangenen Jahr rund 30 000 Mitglieder verloren hätten. Dass in Österreich neben der dort ebenfalls scharf gestiegenen Arbeitslosigkeit auch der Heimwehrterror und das Vordringen der Reaktion zur Schwächung der freien Gewerkschaftsbewegung beigetragen hat, ist nichts Neues. In Deutschland, das schliesslich kein Rumpfstaat wie Österreich, sondern ein grosser Industriestaat ist, wird die Reaktion bei ihrem Versuch, den Gewerkschaften ans Leben zu gehen, auf eisernen Widerstand stossen. Diesen Widerstand gilt es, jetzt - jetzt bereits, jetzt sofort auszubauen. Keine Minute ist zu verlieren! Der Wahlkampf wird diesmal ein sehr ernster Kampf werden, wo jeder politisch und gewerkschaftlich frei organisierte Arbeiter auch in persönlichem Mut seinen Mann stellen muss. Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften stehen allein. Eine Welt von Feinden rast gegen sie an. Es geht um grosse Dinge.

---

SPD. Die Verhandlungen zur Neuregelung des Manteltarifs für die Berliner Metallindustrie, die am Freitag stattfanden, sind ergebnislos verlaufen. Die im Berliner Metallkartell zusammengeschlossenen Arbeitergewerkschaften, die den Vertrag zu Ende Juli gekündigt hatten, fordern in der Hauptsache: Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 48 auf 42 Stunden bei einer täglichen Arbeitszeit von 7 Stunden, Aufhebung des Anordnungsrechtes von 13 Überstunden pro Vierteljahr durch die Betriebsleitung, Erhöhung des Überstundenzuschlags von 15 auf 25% an Wochentagen und von 50 auf 100% an Sonn- und Feiertagen,

eine stündliche Pause von 15 Minuten für alle Arbeiten im fließenden Arbeitsprozess, sowie Verbesserung der Urlaubs-, Akkord- und Lehrlingsbestimmungen. Die Metallindustriellen lehnten diese Forderung glatt ab. Sie waren lediglich zu einer Verlängerung der Geltung des Tarifvertrags um  $\frac{1}{2}$  oder ganzes Jahr bereit.

Die Berliner Metallarbeiter werden nach dem Scheitern der Parteiverhandlungen in der kommenden Woche zur Situation Stellung nehmen.

---

SPD. Am Montag beginnt in Breslau die 27. Generalversammlung des Bergbauindustriearbeiterverbandes. Der Verbandstag steht in dem düsteren Schatten der furchtbaren Grubenkatastrophe von Neurode und im Wetterberichten des herbvorbrechenden Wahlkampfes.

Den Geschäftsbericht wird Husemann erstatten. Das Bergarbeitsgesetz und die internationalen Verhandlungen der Arbeitszeit im Kohlenbergbau sollen von August Schmidt erläutert werden. Über die Reaktion in Wirtschafts- und Sozialpolitik spricht Reichstagsabgeordneter Hermann Müller, Bundesvorsitzender des ADGB. Angesichts der Auflösung des Reichstags, die von der Sozialdemokratie und ihrem Kampf gegen die Bedrohung der Sozialversicherung erzwungen wurde, kommt dem Vortrag Hermann Müllers erhöhte Bedeutung zu.

Die Stimme der Bergarbeiter muss in diesem Augenblick, wo sich die gesamte deutsche Arbeiterklasse zur Abwehr der Angriffe auf ihre mühsam erkämpften sozialpolitischen Positionen ansammelt, bis in die letzte Hütte dringen. Die Stimme der Kohlengräber - die Fanfare des Wahlkampfes.

---

SPD. Zur Eindämmung der Bleigefahren im Maler-, Anstreicher- und Lackierergewerbe ist eine neue Verordnung erlassen worden, die allerdings erst kurz vor Ablauf dieses Jahres in Kraft tritt. Sie bringt noch kein völliges Verbot jeder Bleiweisverwendung zu Anstreichzwecken, sondern nur ein Verbot für den Innenanstrich, wenn der metallische Bleigehalt 2% übersteigt. Farbstoffe mit diesem Bleigehalt müssen auf den Packungen und Behältern deutlich als verboten für den Innenanstrich gekennzeichnet sein. Werden bleihaltige Farben im Spritzverfahren verwendet, dann muss der Arbeitgeber die notwendigen Schutzmaßnahmen treffen, vor allem rechtzeitig dem Gewerbeaufsichtsbeamten Anzeige machen. Abgesehen von Malergesellen und Lehrlingen über 16 Jahren dürfen Arbeiter unter 18 Jahren und weibliche Arbeitskräfte bei Arbeiten mit bleihaltigen Stoffen sowie mit der Entfernung bleihaltiger Anstriche nicht beschäftigt werden. Verbessert sind die Vorschriften für die Räume zur Aufbewahrung von Kleidungsstücken, zum Waschen und Ankleiden. Neu sind Vorschriften über ärztliche Untersuchung auf Anordnung des Gewerbeaufsichtsbeamten sowie bei der Arbeitsaufnahme für alle Malerbetriebe, in denen regelmässig mehr als 5 Arbeiter und zwar ständig, in der gleichen Betriebsstätte beschäftigt werden. Die Verordnung gilt für gewerbliche Betriebe, in denen Maler-, Anstreicher-, Tüncher-, Weissbinder- und Lackiererarbeiten allein oder im Zusammenhang mit anderen Arbeiten ausgeführt werden.

Bis zum Ablauf des Jahres 1938 kann der Reichsarbeitsminister gewisse Ausnahmen vom Verbot des Innenanstrichs und von der Deklarationspflicht zulassen, wenn die verwendeten Anstrichstoffe nicht mehr als 5% an metallischem Blei enthalten.

## Börse und Reichstagsauflösung.

(Börsenwoche vom 14. bis 19. Juli.)

SPD. Die Berliner Effektenbörse hat auf die Reichstagsauflösung sauer reagiert. Sie hatte, trotz der politischen Komplikationen, eine verhältnismässig gute Woche hinter sich. Von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen konnten die Aktien ihre Kurse verbessern und bis zum Donnerstag waren die höchsten Kurse behauptet. Wenn sich der befriedigendere Verlauf der Börse auch zum grössten aus Deckungskäufen der Spekulation für ihre Leerengagements erklärt, spielten daneben doch Faktoren mit, die für die notwendige Anregung und Ankurbelung unserer Wirtschaft von Bedeutung sind. Noch immer ist die Börse das Instrument durch das sich ein gut Teil unserer Produktion finanziert, mit der Besserung in unserem Wirtschaftsleben wird gerade die Börse dazu berufen sein, die Her-einnahme des nötigen Auslandskapitals zu vermitteln. Auslandskapital fehlt aber sowohl der Börse als der Wirtschaft seit langem. Solange jedoch die Börse still und tot liegt, kann man dem Ausland nicht zumuten, dass es deutsche Aktien kauft. Darin liegt die Bedeutung der Börse für unser Wirtschaftsleben, und auch die Wirkung der Brüning'schen Politik, die die Börse lähmt.

Ohne Zweifel trugen die Ereignisse, die sich bis Donnerstag im Reichstag abspielten, unverkennbare Aengstigkeit und Unsicherheit in die Börse hinein. Dann kam die Nachricht von der Reichstagsauflösung. Sie hatte starkes Angebot auf allen Marktgebieten zur Folge. Wenn das Angebot auch nicht übermässig dringend war, so genügte es doch, das Kursniveau empfindlich nach unten zu werfen. Schwere Werte, wie Salzdetfurth, Spritaktien und Siemens wurden am stärksten betroffen. Selbst die Rentenmärkte konnten sich dem nicht entziehen. So büssten die in den Vortagen stark favorisierten Altbesitzanleihen nicht weniger als 1% ein.

Das sind die Auswirkungen der Brüning'schen Politik auf die Börse und damit auf unser Wirtschaftsleben.

Um den Einschnitt, den die Reichstagsauflösung für die Entwicklung an der Börse bedeutet, klar zu erkennen, ist es wohl am besten, das Bild zu um-reissen, das sich bis zu Beginn der Freitagbörse darbot:

Nicht ganz die grössten Gewinne, aber das weitaus lebhafteste Geschäft hatten Kunstseidenaktien aufzuweisen. Bezeichnenderweise aber sind keinerlei Gründe für diese Bewegung zu hören, wenn man auch weiss, dass vor allem die holländische Baisespekulation als Käufer auftritt. In der sachlichen Ent-wicklung dieser Industrie liegt auch kein Grund für eine wesentliche Höherbe-wertung der Aktien. Immerhin zogen Akaaktien von 100,5 auf 109,5 Prozent und Bembergaktien von 104 auf 111 $\frac{1}{2}$  Prozent an, also recht ansehnliche Gewinne.

Interessant ist die Wirkung der Bekanntgabe der Anleiheauflegung bei der Maximilianhütte. Die Tatsache, dass dieses Unternehmen in den Besitz lang-fristiger Kapitalien kommt, rief eine nicht unwesentliche Nachfrage hervor, die den Kurs von 157 auf 170,5 Prozent anziehen liess. Die übrigen Montan-papiere profitierten allerdings nicht von dieser Bewegung. Immerhin führte die allgemein freundlichere Stimmung doch zu Kursverbesserungen kleineren Aus-masses- Stärker erhöht waren (und zwar auf Käufe des Rheinlandes, hinter denen man industrielle Kreise vermutet) Rheinische Braunkohlenaktien, die

von 220,5 auf 226 Prozent anziehen und Gelsenkirchener Bergwerksaktien, die von 125 auf 128,3/4 Prozent stiegen.

Beträchtliche Gewinne hatten wieder die Kaliaktien aufzuweisen, bei denen regelmässig in etwas besserer Allgemeinstimmung die Hinweise auf die ausserordentlichen Gewinne dieser Gesellschaften auftauchen. So konnten Salzdetfurth ihren Kurs von 361 auf 373,5 Prozent verbessern, Westeregeln stiegen von 208,25 auf 218,50 Prozent und Kali Aschersleben von 202 auf 211 Prozent.

Schliesslich gehörten zu den ganz grossen Gewinnern diesmal auch die Reichsbankanteile. Die Verkäufe des Auslandes in diesem Papier haben offensichtlich aufgehört (womit nichts darüber feststeht, ob alle in ausländischem Besitz gewesenen Aktien nun zurückgeflossen sind) und die Banken nahmen Stützungskäufe vor. So erhöhte sich der Kurs von 225 bis auf 269 Prozent. Die Grossbankaktien blieben weit dahinter zurück, z.B. Danatbankaktien, die nur von 201 bis 203 Prozent stiegen.

Wesentlich nachgelassen hat auch das Interesse für Elektroaktien, da zu viele Nachrichten über schlechte Geschäftslage dieser Industrie einlaufen. Die erhebliche Steigerung von Siemens, die völlig aus dem Rahmen dieses Marktes herausfällt, ist lediglich der Erfolg von Deckungskäufen der Spekulation. Siemens stiegen von 214 bis 222 Prozent.

Auch einige der sonst von der Spekulation bevorzugten Spielpapiere lagen diesmal sehr ruhig. So verbesserten die recht hoch stehenden Spritaktien, also Ostwerke und Schultheiss, ihre Kurse bestenfalls bis zu 5 Punkten, auch Polyphon waren mit einer höchsten Steigerung um 3 1/2 Punkte ziemlich geschäftlos. Für Schiffahrtsaktien (Hapag, Norddt. Lloyd) ist das Interesse vollkommen eingeschlafen, ebenso für die Warenhausaktien.

Neben diesen Gewinnen stehen aber auch einige Verluste, so insbesondere bei der A.G. für Verkehrswesen, da man die Erfolgsaussichten der angekündigten Opposition wegen der Dividendenkürzung von 11 auf 5 Prozent skeptisch beurteilt. Der Kurs sank bis Donnerstag von 90,25 auf 81,25 Prozent, also sehr beträchtlich; auch Miagaktien blieben wegen der bekannten Vorgänge (Ausscheiden des Generaldirektors wegen privater Geschäfte) angeboten, sodass ihr Kurs von 95 auf 91 Prozent zurückging.

+ + +

An der Freitagbörse fehlte vor allem die Nachfrage des Publikums. In vielen Fällen konnten Notierungen nicht zustande kommen, weil jegliches Geschäft fehlte. Als die Nachricht von der Reichstagsauflösung kam, setzte der Kursrückgang auf allen Gebieten ein. Salzdetfurth gaben von 367 auf 358 nach und Spritaktien (Schultheiss und Ostwerke) um 6 bis 7 Punkte; Aku gingen auf 105 zurück und Bemberg auf 108 zurück. Siemens musste einen Rückgang auf 212,5 in-Kauf nehmen. Betroffen wurden auch die Bankaktien, und zwar am schwersten die Danataktien (Rückgang um 5 Punkte auf 197 1/4). Der Rückgang bei den Reichsbankanteilen liegt mit 9 Punkten höher, weil fürs erste wegen der Reichstagsauflösung die Annahme des Reichsbankgesetzes aufgeschoben wird.

Bei der A.G. für Verkehrswesen setzte ein stärkeres Angebot ein. Da aber die Reichskreditgesellschaft vermittelnd eingriff, konnte der Kurs mit 187 1/2 gehalten werden.

-----

SPD. Der Quartalsbericht des rheinisch-westfälischen Montantrustes (Vereinigte Stahlwerke A.G. in Düsseldorf) spiegelt die schwere Krise wider, die sich in der Montanindustrie seit Jahresbeginn zusehends verschärft hat. So ist die Kohlenförderung in der Zeit von April bis Juni 1930 gegenüber dem ersten Quartal dieses Jahres von 6,67 auf 5,92 Millionen Tonnen, die Koksproduktion von 2,4 auf 2,1 Millionen Tonnen, die Roheisenerzeugung von 1,47 auf 1,14 und die Rohstahlproduktion von 1,56 auf 1,18 Millionen Tonnen gesunken. Im Vergleich mit der entsprechenden Zeit des Vorjahres (April bis Juni 1929) ergibt sich bei der Kohlenförderung ein Rückgang um mehr als 14% und bei der Koksproduktion sogar eine Verminderung von 17%. Sehr bedenklich ist der Kon-

konjunktüreinbruch bei den Stahlbetrieben, denn die Roheisenproduktion ist gegen die gleiche Zeit des Vorjahres um 33% und die Stahlproduktion sogar um fast 38% zusammengeschrumpft.

Dementsprechend ist auch der Umsatz stark zurück gegangen, wobei die Preisermässigung aber noch nicht mitspielt. Gegenüber dem ersten Vierteljahr 1930 ist der Gesamtumsatz in der Berichtszeit von 329,4 auf 289,7 Millionen Mark gesunken, davon der Inlandsumsatz von 206,8 auf 108,4 Millionen und der Export von 122,4 auf 109,2 Millionen Mark. Im Vergleich zu der entsprechenden Zeit des Vorjahres hat sich der Gesamtumsatz des Stahltrustes um fast 33% abgeflacht.

Für die Belegschaft hat die Krise die verheerendsten Folgen gehabt. Die Zahl der insgesamt beschäftigten Arbeiter ist von Ende März bis Ende Juni 1930 trotz der Frühjahrssaison von 169 336 auf 154 315 Mann zurückgegangen. Innerhalb des letzten Jahres sind seit dem 30. Juni 1929 rund 22 000 Mann in den Betrieben des Stahltrusts abgebaut worden. Allein in den Zechenbetrieben ist die Belegschaft von 85 608 auf 74 442 Mann, also um 13% vermindert worden. Die Schwere der Weltkrise zeigt sich darin, dass der Auslandsabsatz seit dem Juni 1929 unverhältnismässig stärker zurückgegangen ist als der Inlandsabsatz. Während die Käufe des Inlandes um 25% sanken, hat sich der Auslandsabsatz um fast 50% verringert.

Diese Auswirkungen der Krise bei dem grössten deutschen Montanunternehmen machte eine schnelle und wirksame Senkung der überhöhten Inlandspreise zu einer zwingenden Notwendigkeit. Mit der kümmerlichen Preissenkung im vergangenen Monat wird sich die Konjunktur nicht ankurbeln lassen und der fortgesetzte Druck auf die Weltmarktpreise für Eisen macht ein Aufrechterhalten der deutschen Monopolpreise unhaltbar.

SPD. Das Internationale Kupferkartell musste sich zu einer neuen Preisherabsetzung bequemen und zwar wurden die in der vorigen Woche festgesetzten Notierungen von 11,80 Cents pro englisches Pfund auf 11,55 Cents herabgesetzt. die vorgenommene Preisermässigung entspricht einem Rückgang pro 100 kg von 109,55 Mark auf 106,85 Mark.

Die Kupferpreisreduzierung war zu erwarten, nachdem sich herausgestellt hatte, dass die in voriger Woche durchgeführte Herabsetzung der Notierungen den Markt nicht anregte. Insbesondere soll die Nachfrage auf den europäischen Märkten zu wünschen übrig lassen. Die Kupferverschiffung nach Europa gehe weit über die Käufe der europäischen Verbraucher hinaus. Ausserdem hielten in Amerika die Preisunterbietungen durch die Kupferhütten an.

SPD. Die Weltkrise macht sich auch in den ausländischen Handelsbilanzen bemerkbar. So ging die schweizerische Wareneinfuhr im ersten Halbjahr 1930 auf 1286,5 Millionen Franken zurück gegenüber 1309,4 Millionen Franken im ersten Halbjahr 1929. Die Ausfuhr hat sich von 1013,9 Millionen Franken auf 924,2 Millionen Franken gesenkt. Die Entwicklung bedeutet, dass sich die Passivität für das erste Halbjahr 1930 um etwa 298 Millionen Franken auf 347 Millionen Franken erhöht.

SPD. Der Export nordamerikanischer Baumwolle wird für das laufende Erntejahr mit 6,734 Millionen Ballen angegeben gegenüber 8,086 Millionen Ballen im Vorjahr. Deutschland nahm 1,764 Millionen Ballen davon auf gegenüber 1,906 Millionen Ballen vor einem Jahr.



Schwächer bei billigerem Angebot.

( Berliner Produktenbörse vom 18. Juli )

SPD. Die Berliner Produktenbörse zeigte am Freitag schwächere Stimmung. Aufgrund der letzten Steigerungen macht sich Realisationsneigung bemerkbar; ausserdem fehlte aus dem Ausland jegliche Anregung. Allerdings war das Inlandsangebot in Brotgetreide nicht allzustark; jedoch wurden, soweit Angebote abgegeben wurden, niedrige Preise genannt. Am Markt der handelsrechtlichen Lieferungsgeschäfte musste bei Roggen wiederum grössere Interventionen einsetzen; sie konnten aber ein Abgleiten der Preise nicht verhindern. Einzelne Schichten, besonders für den Herbst, gaben bis 2½ Mark nach. Weizen lag ebenfalls schwächer; er schwankte aber in Grenzen bis zu 1 Mark. In Hafer, der in den letzten Tagen besonders stark gestiegen war, machte sich naturgemäss grössere Realisationsneigung bemerkbar, sodass Rückgänge bis zu 5 Mark eintraten. Der Mehlmarkt liegt weiter ruhig, Wintergerste tendierte ziemlich fest.

	17. Juli	18. Juli.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	-	-
Roggen	172 - 177	172 - 177
Braugerste	-	-
Futter- und Industrierogerste	172 - 192	172 - 192
Hafer	179 - 187	176 - 184
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	32,50 - 40,25	32,25 - 40,00
Roggenmehl	23,00 - 25,70	23,25 - 26,00
Weizenkleie	10,50 - 11,00	10,50 - 11,00
Roggenkleie	10,50 - 11,00	10,50 - 11,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 293, September 264½, Oktober 268 - 267, Dezember 274 - 273. Roggen Juli 180, September 186 - 184, Oktober 191, Dezember 199 - 194. Hafer Juli 189, September 186, Oktober 187½, Dezember 192.

Berliner Viehmarkt.

( 18. Juli )

SPD. Auf dem Schweinemarkt war ein Anziehen der Preise in allen Klassen festzustellen, während der Dienstagmarkt ziemlich ruhig verlief. In Berlin sind die besseren Preise durchaus auf eine knappe Zufuhr zurückzuführen. Andererseits lässt sich auch bei anderen Märkten in West-, Süd- und Mittelfeutschland eine Preisbesserung feststellen. Ziemlich glattes Geschäft hatte der Rindermarkt in guter Ware. Im übrigen gaben die Preise nach. Auf dem Kälbermarkt war schwere Ware fast unverkäuflich. Die Zufuhr genügte vollauf.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:  
Kühe: a) 42 - 48 (voriger Mark 43 - 48), b) 36 - 40 (37 - 42), c) 29 - 33 (30-35), d) 25-27 (26-28), Kälber: a) - (-), b) 63 - 69 (66 - 70), c) 53 - 65 (53 - 65), d) 43 - 50 (40 - 50), Schweine: a) (über 300 Pfund) 67 - 69 (65-66) b) (240 - 300 Pfd) 68 - 70 (65 - 68), c) (200 - 240 Pfd) 68 - 70 (66 - 68), d) (160 - 200 Pfd) 68 - 69 (65 - 67), e) (120 - 160 Pfd) 64 - 66 (62 - 65), f) (unter 120 Pfd) - (-), g) (Sauen) 62 ( 60 ).

# Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S . P . D

Berlin, den 18 Juli 1930

## Das Auge des Polypen.\*

SPD. Der Meeresarm von Hobart an der australischen Insel Tasmanien, River genannt, ist ein Fischparadies. An diesem River besass eine junge Deutsche eine grosse, herrliche Farm, eine Musterobstfarm. Oft gingen wir fischen, ich und diese Frau (Amalie): auf der gegenüberliegenden Seite der Farm. Dort hatte ein australischer Reeder ein Sommerhaus, eine Art steinerne Fischburg erbaut, mit eigener Telefonleitung nach Hobart und einer weit ins Meer hinaus reichenden sogenannten "jetty", einer Landungsbrücke für seine Segeljacht und seine Motorboote. Gerade auf dieser "jetty" ist es ideal zu fischen. Im dunklen Seetang unter dem Stege schimmern Fische, Fische: alle Formen, alle Farben, alle Grössen, darunter riesenhafte, wohlschmeckende Parakuter und freche, kleine Katzenhaie. Um so einen Katzenhai zu fangen, spiesste ich einmal Salzfleisch an den Haken. Als ich hochzog, hing ein mächtiger Tintenfisch an der Angel. Der Polyp liess sich ruhig an die Oberfläche ziehen, riss den Köder ab und plumpste ins Meer zurück. Zweimal, dreimal führte er das aus. Beim vierten Male verrechnete er sich. Die Hakenspitze erfasste eine der Saugscheiben, und der Fangarm konnte nicht mehr loslassen.

"So zieh' doch, du Schaff!" rief mir Amalie zu, die vor Erregung zitterte. Die junge Frau duzte mich seit dem Moment, da mich ihr Mann von Hobart herüber gebracht hatte. "Kannst du auch richtig auf australisch fluchen?" hatte sie damals gesagt und mich ausgelacht, weil ich mich nicht getraute, ihr Rowdyworte ins Gesicht zu sagen... einer Dame, die sogar zum Gouverneurball geladen war, und die wahrhaftig in allen fünf Kirchen des Ortes singen musste: der anglikanischen, katholischen, baptistischen, methodistischen und lutherischen.

Amalie zerrte an meinem Arme, bis der Polyp auf die Planken der jetty klatschte. Da lag das Ungeheuer, ein hilfloser Geleeklumpen. Nur die Arme bewegten sich wie Schlangen auf Amalie zu. Und die böswilligen, verkniffenen kleinen Augen verfolgten sie immerzu. Nie habe ich so viel Wut und Hass von einem Auge ausstrahlen sehen. Angsterregend, wie der Blick eines Todfeindes, eines Dämons, war dieser Polypenblick. Aber was konnte schon dieser Frau Angst einjagen! War sie doch einmal so wild Auto gefahren, dass sämtlichen Männern im Wagen der Angstschweiss von der Stirne troff. Ein andermal war sie in einem so durchsichtigen Rock durch Hobart gegangen, dass der puritanische Policeman sie entsetzt zur Rede stellen musste...

Amalie, die der böse Blick zu faszinieren schien, reizte den Polypen mit einem Stock. Das steigerte seine Wut aufs äusserte. Er spritzte Tinte aus, verfärbte sich, und, da sie nicht abliess, spielte er alle Farben, vom Dunkelblau zum Blaurosa, vom Grauen ins Fahle, bis er wie eine bleiche Sülze dalag. Aber das giftige Auge war noch immer auf die schöne junge Frau gerichtet, die schliesslich wie toll dem Polypen die Arme abhieb. Der letzte Blick des Tintenfisches - ich erschrak - war ganz der des Reeders: Mr. Koppen.

Wir ruderten nach der Sandbank an unsrer Uferseite, nahmen ein Bad und gingen nach Kettering zurück, wo es nebst den fünf Kirchen eine Bar, eine Schmiede und ein Postamt gab - ausserdem, alles weit und breit beherrschend, Amaliens Orchard: vierzig acre herrlicher Obstbäume, zu denen noch hundert acre ungerodetes Buschland gehörten. Es war gerade zur Zeit der Obsternte. Junge Leute,

Liebespaare, Eltern mit Kindern hatten Obstpflockerzelte aufgeschlagen. Ueberall standen Bottiche von der Hobart Jamfabrik umher, wohin die herrlichen tasmanischen Pfirsiche, Kirschen, Himbeeren und Birnen zu wandern pflegen. Auch die gelben Exportäpfel für London und Hamburg bekamen schon rote Bäckchen. Auf der Veranda sassen im braunen Gebrock Amaliens nicht mehr ganz junger Gatte Erwin, kerzengerade wie ein preussischer Offizier, und der listige kleine Koppen beim Whisky. Koppen hatte Amalie, die ihm kaum dafür dankte, eine Winchesterbüchse und eine prächtige dänische Dogge aus Sidney mitgebracht. Unwillkürlich blieb mein Blick auf der klobigen Hand des ehemaligen Matrosen haften, auf der eine nackte Venus eingebrannt war: da fühlte ich einen stechenden Blick.

"Nimm dich vor Mister Koppen in Acht!" sagte ich beim Abschied, nachdem mich Amalie nach der Dampferhaltestelle kutschiert hatte.

"Der ist nicht gefährlicher als du, du Schaf", rief Amalie und küsste mich auf den Mund...

+ + +  
Vier Jahre später wurde ich in eine öde Barackenstadt im australischen Urwald gebracht: da lag die Erde zu Staub zertreten von den ruhelosen Schritten fünftausend kriegsgefangener Männer, die wie wilde Tiere hinter den Drahtverhauen hin und her liefen. Ich stiess sofort gegen einen verwilderten Graubart mit rotbraunem nacktem Indianerleib: "Erwin", rief ich, "was macht die Obstfarm, was macht Amalie?"

"Die Farm", sagte er, "konnte ich zu einem annehmbaren Preis nicht schnell genug losschlagen; da wurde sie zwangsversteigert". (Ach, die schönen alten Obstbäume, die in Reih und Glied standen und ohne Grashalm dazwischen! Und die zwei Silberbäche, die sich im Farmgrunde trafen! Und die fernen Berge, die auf den fischreichen Meeresarm herabblicken! Und die ganze freie Seligkeit!)

"Wem gehört jetzt alles, Erwin?"

"Koppen".

+ + +  
Erwin starb auf dem Transportdampfer, der ihn zwangsweise seiner deutschen Heimat entgegenführte, an der spanischen Grippe.

Und Amalie? Was ist mir ihr geschehen? Ich erhielt dieser Tage einen Brief von ihr. Sie hat den Polypen geheiratet. "Arme Amalie" sagte ich zuerst, als ich diese Nachricht empfang. Dann sagte ich: "Armer Koppen!" Amalie wird auch über dieses Ungeheuer triumphieren, bis es in allen Farben spielt....

Heinrich Hemmer.

---

### Die Julirevolution.<sup>x</sup>

---

SPD. Der 27. Juli 1830 ist der Tag, an dem das freiheitliche Werk der grossen französischen Revolution, das durch die napoleonische Epoche unterbrochen worden war, in ganz Europa wieder aufgenommen wurde. Den langen Jahrzehnten der Kriege war eine allgemeine Erschöpfung gefolgt, die von den meisten europäischen Regierungen dazu benutzt wurde, die Völker wieder in die "gottgewollte" Abhängigkeit vom Geist und Willen der Regierenden zu bringen! Vor allem war in Frankreich mit der Rückkehr der Bourbonen unter Ludwig XVIII. und Karl X. eine Generation zur Herrschaft gelangt, die nach einem bekannten Worte nichts gelernt und nichts vergessen hatte. Wie die beiden Könige, so betrachteten es auch die "Ultras" in Frankreich, im heutigen Sinne die äusserste Rechte, als ihre einzige und vornehmste Aufgabe, die blutig erkämpften Freiheiten des Volkes wieder zu vernichten und mit der eigenen Herrschaft die dunklen Zeiten zurückzuführen, in denen Frankreich von Adel und Klerus schrankenlos beherrscht wurde. Unter Ludwig XVIII. war ihnen dies zum

Teil schon gelungen; unter Karl X., der seit 1824 regierte, hofften sie das revolutionäre Frankreich Ludwigs XV. und Ludwigs XVI. in seinem vollen Umfange wiederherstellen zu können.

Karl X., der in Frankreich der Pompadour und Dubarry alle Ausschweifungen der Zeit kennen gelernt hatte, war wie so viele hochgestellte Wüstlinge bei herannahendem Alter fromm geworden. Darum wollte er jetzt, wo er die Krone des Heiligen Ludwig trug, alles verwirklichen, was ihm seine aus Adel und Klerus gewählten Berater vorschrieben. In der Verfassung, der Charte, die auch dem Volke gewisse Rechte sicherte, sah er nur den Ausdruck revolutionärer Empörung gegen die von Gott eingesetzte Obrigkeit, der jeder untertan zu sein habe. Darum weigerte er sich bei seiner mit allem romantischen Schimmer des Mittelalters in Reims vollzogenen Krönung, den Eid auf die Verfassung abzulegen oder auch nur zu schwören, seinem Volke ein guter und gerechter König sein zu wollen. Dagegen legte er in die Hände des Erzbischofs den Eid auf die Statuten des Ordens vom Heiligen Geist und des Ordens vom Heiligen Ludwig ab, die bis zum Jahre 1789 von den französischen Königen als Auszeichnung verliehen worden waren; er wollte dadurch zeigen, dass seine Regierung an die Zeiten anknüpfen werde, in denen es noch keine Volksrechte gab und das Lilienbanner des französischen Königs von den Heiligen des Himmels geschützt wurde.

Schon vor der Krönung des Königs hatte sein Minister Villele die ersten reaktionären Gesetze erlassen, unter denen das Sakrilegiengesetz, das jede Unehrerbietigkeit gegenüber heiligen Gefässen mit der gleichen Strafe wie den Vaternord bedrohte, und die Anweisung von einer Milliarde Francs an die während der grossen Revolution aus dem Lande geflohenen adeligen Emigranten die grösste Empörung im Volke hervorriefen. Waren jedoch diese Gesetze immerhin noch mit Hilfe der Ersten Kammer, der sogenannten Pairskammer, angenommen worden, so weigerte sich selbst diese, im Jahre 1826 dem Gesetz über die Wiederherstellung der Majorate, das den französischen Bauern wieder zum Leibeigenen gemacht habe würde, zuzustimmen. An dem Tage, an dem die Abstimmung der Kammern das Gesetz zu Fall brachte, flammten in den Strassen und auf den Plätzen von Paris Freudenfeuer auf, und die Presse feierte den Sieg des liberalen Volkes über die reaktionäre Gesinnung der Regierung. Von da an traten sich Regierung und Volk in einer stets wachsenden Erbitterung gegenüber. Aber trotz wiederholter Kammerauflösungen und schärfster Verfolgung und Knebelung der Presse gelang es dem König nicht, den Freiheitswillen des französischen Volkes zu brechen. Da beauftragte er im Mai 1829 den reaktionärsten Geist seiner Umgebung, den Prinzen Polignac, mit der Neubildung des Ministeriums, und nun begann der Endkampf um Verfassung und Freiheit, der in dem Erlass der berüchtigten fünf Ordonnanzen gipfelte und zur Julirevolution und zum Sturz des Königtums der Bourbonen führte.

Damals bereitete sich die Eroberung Algiers vor - nun sollte Waffen- und Kriegsrühm das Volk von den Anschlägen ablenken, die im Innern gegen seine Freiheit geschmiedet wurden. Täglich zogen die Truppen mit klingendem Spiel durch die Strassen von Paris, begafft und bejubelt von denen, die in den napoleonischen Kriegen noch nicht genug "Blut getrunken" hatten. Im Stil der Siegesberichte von Marengo und Austerlitz wurden die Taten auf dem afrikanischen Kriegsschauplatz gepriesen. Aber das Volk liess sich nicht blenden. Der Kampf um die Fahne der Freiheit, die in Paris aufgepflanzt war, erschien ihm wichtiger als der Kampf um eine Fahne, die in Afrika wehte. Jede Kammerauflösung brachte die liberale Mehrheit in grösserer Stärke wieder. Nun entschlossen sich der König und Polignac zum letzten entscheidenden Schlage, der ihnen endlich die volle Macht in die Hände geben sollte. Am 25. Juli unterzeichnete Karl X. die "fünf Ordonnanzen," auf Grund deren die Veröffentlichung jeder Druckschrift, vor allem jeder Zeitung von einer Erlaubnis der Regierung abhängig gemacht und die Abgeordnetenkammer aufgelöst wurde. Ein neues Wahlgesetz sollte der Regierung für immer eine sichere Mehrheit schaffen. Die Kammer selbst erhielt im wesentlichen nur eine beratende Stimme, und schliesslich

wurde ihre Einberufung bis auf den Spätherbst vertagt.

Das schlug dem Fass den Boden aus. Am 26. Juli erschienen die Ordonnanzen im "Poniteur", und schon am Nachmittag des 27. fielen auf den Barrikaden die ersten Schüsse. In der darauf folgenden Nacht bewaffnete sich das ganze Volk. Ueberall wurden die königlichen Wappen heruntergerissen, die Truppen aus ihren Stellungen vertrieben, das Stadthaus besetzt. Die Mannschaften, die den Louvre und die Tuileries bewachten, verliessen ihre Posten. Ganze Regimenter gingen zum Volke über. Am 29. Juli, Nachmittags um 2 Uhr, war die Stadt erobert. König Karl X., der vergeblich versucht hatte, durch Zurücknahme der Ordonnanzen und durch das Angebot von Vergleichsvorschlägen den ausgebrochenen Sturm zu beschwören, wurde für abgesetzt erklärt und verliess als einsamer Flüchtling die französische Hauptstadt. Das Verlangen des Volkes nach Errichtung einer Republik wurde aber durch den Einfluss des reichen Pariser Bankiers Lafitte von den liberalen Abgeordneten der Kammer durchkreuzt und an Stelle des geflüchteten Königs der dem genannten Bankier geschäftlich nahestehende Herzog Ludwig Philipp von Orleans zum Regenten Frankreichs gewählt. Am 2. August dankte Karl X. auch formell ab, während Ludwig Philipp sich wenige Tage später zum König der Franzosen ausrufen liess. Damit begann das "Bürgerkönigtum", das im Februar 1848 ebenso ruhmlos endete, wie das Königtum Karls X. geendet hatte. —

Der Funke, der in Paris aufgefliegen war, zündete in fast ganz Europa, vor allem in Deutschland. In Braunschweig, Kassel, Dresden und an zahlreichen anderen Orten flammte der Unwille des Volkes in revolutionären Ausbrüchen empor und erschütterte das Gefüge der deutschen Kleinstaaterei. Doch sollte es noch viele Jahrzehnte dauern, ehe das Werk, das mit der Julirevolution des Jahres 1830 auch in Deutschland begann, vollendet wurde und das deutsche Volk nach dem Gemetzel des Weltkrieges die Bestimmung und Leitung seines Schicksals in die eigenen Hände nahm.

Dr. Karl Hauck.

---

#### Aufschrei.<sup>x</sup>

---

Endlich mal ein paar Groschen im Haus!  
— Mein Gott, was ist's für ein Leben! —  
Dem Krämer zahl' ich die Schulden nun aus  
Und lass' mir's Notwendigste geben.

Ewig ein qualvolles Borgen und Bitten!  
— Mir graut vor den kommenden Tagen. —  
Wenn nur nicht die armen Würmer so litten,  
Mich könnte das Elend erschlagen!

Carl Bender.

---

#### Das Leihhaus der Boote.<sup>x</sup>

---

SPD. Hamburg — diese Stadt, von der einige sagen, sie sei ein Nest, andere sie sei eine der lebendigsten Stätten des Kontinents, wird, wie man weiss, durchzogen von Dutzenden enger Kanäle, Fleete genannt, deren Sommerabendstimmungen und Herbstdüfte phantastisch nach Venedig riechen. Das Wasser dieser Fleete ist immer ein wenig brackig und sieht, von den Brücken aus betrachtet, verteuft schwarz aus, nahezu wie ein Moorbad. Es ist wohl auch wirklich ein wenig zähflüssig, weil hierher ein Grossteil der Hamburgischen Kanalisation mündet.



Es ist ein Gewirr von parallelen Wasserstrassen im Querschnitt zu den Gehstrassen, und es erhält die Verbindung zwischen dem Genfer See Norddeutschlands, dem zwiefachen Alsterbecken mit seinen Vorortskanälen und dem gigantischen Elbstrom. Es dient vielen nützlichen und manchen erholungsreichen Zwecken. So wurden über diese Wege die Holz-, Kohlen-, Gemüse- und andere Waren-Ewer ins Herz der Stadt gefahren, seltsam lange und breite "Schuten", auf deren eisenbeschlagenen, rauhen Borden kräftige Männer gehen und lange Stäbe in den Grund unterm Wasser bohren, so die Schiffe mit Tonnenlasten vorwärtsstakend. Gewiss, man hört auch schon hier und dann einen Motor tacken, doch immer noch ist der Mensch billiger und vor allem in den vielen Biegungen der Wasser weniger.

Nun hat Hamburg fast hundert verschiedene Wassersportvereine. Davon sind allein nahezu ein Dutzend Canoe-Clubs, aufgeteilt in gesellschaftliche Scheidungen. Die hohe Aristokratie des feuchten Sports sind die Segel- und Regatta-Vereine. Die Wissenschaftlicher im Nass sind die Ruderclubs, gewissermassen das Schwergewicht auf Alster und Elbe, und die genussüchtigsten, wohl auch finanzkräftigsten scheinen die Motorbootbesitzer, die Autler des Wassers, zu sein - überlegen allen anderen an Schnelligkeit und Sicherheit, solange sie keine Panne wie ein Schicksal überkommt. So oder so - jeder zweite Hamburger hat irgendein Wasserfahrzeug, und wer keines hat, der kennt einen Freund, der andere gern mitnimmt, solange er verlobt ist und nicht mehr gerade auf Freiersfüssen geht hier nicht an, man muss schon sagen:) Kissen befindet! Denn draussen im Hafen liegen die 30 und 40 Tausend Tons nur so umher, wehen die Wimpel der Städte, die Flaggen der Nationen, die Zeichen der Lotsen und Quarantäne, und kein Hamburger, der nicht mit dem Elbwasser zugleich ein ganz klein wenig Nordsee-aroma schluckt...

Allen gemeinsam ist der gelegentliche Dalles (allen in Bezug auf die Sportart gemeint, nicht in Bezug auf jeden einzelnen inmitten dieser Sportart) und so findet man an vielen Fleeten Schilder "Gelegenheitskäufe: Yachten, Boote, Segler", und unten hin führt eine schmale Eisentreppe nach einem schmalen Stege. Dort haust hinter einem langgestreckten Gewirr von herrenlosen Fahrzeugen der Mann, dessen Leihhaus und Kaufhaus für alte Boote eigentlich immer Konjunktur hat, ausser gerade im Hochsommer, wo eher die goldene Doppelkapseluhr zum Pfandhaus wandert als das Fahrzeug, mit dem der Hamburger Weekend, Five o'clock und jegliche Art seines Feierabends begeht.

"Dje", sagt der Mann am Steg und kaut ein wenig auf dem Pfeifenstiel, "das is ja nu mal so, jeder kümmt mal in Valegenheit, Und dann kommt er zu Papa Krause, führt sein Boot in Parade vor und sagt, er braucht fünfhundert Mark auf acht Tage. Na, meistens einigt man sich dann auf hundert, und im nächsten Sommer liegt das Ding auch noch hier, und dann muss man sehen, dass man es verkauft. Andere verkaufen, weil' ne andere Mode kommt. So war es mit den Punts. Davon ist heute keines mehr abzusetzen; es war ein Inflationssport. Die Dinger sind eigentlich für die flache und steinige Themse konstruiert worden, aber es kann jeder damit fahren, auch der Aengstliche. Nachdem aber der eigentliche Sport sich wieder durchsetzte und die Inflationsgewinnler nachrechneten, dass sie trotz allem arme Leute waren, bot man Punts zu hunderten an. Alle Händler haben viel daran verloren. Jetzt liegt wenig hier. Eine kleine Motoryacht, wunderbares Material, aber viertausend Mark sind schwer dafür zu bekommen. Ein Segler, sehr sicher, doch etwas plump, also nicht ganz sportgerecht, zwei Faltboote. Die grosse Nachfrage nach preiswerten und gebrauchten Kajaks, Canoes kann man nicht befriedigen; die tauchen erst im Spätherbst wieder auf, wenn den Leuten das Einlagern zu teuer wird. Ich habe viele Kunden, die jedes Jahr im Herbst ihr Boot verkaufen und sich in jedem Frühjahr eins aus Privat-hand wieder kaufen. Bei mir kriegen sie den Preis zurück und sparen das Wintergeld. Nun, das ist unser Beruf hier also: am Fleet auf Käufer und Verkäufer zu warten. Nachher fahren dann alle, die man kennt, und tausende, die man nicht kennt, zur Elbe runter an mir vorbei, durch die Schleusen dort hinten. Ein

paar Schuten kommen. Wenn es kalt wird, tauchen die Möven auf. Zuweilen verirrt sich eine Taube auf unsern Steg, und die Zeit vertreiben wir uns, meine drei Leute und ich, indem wir alle Fahrzeuge wieder in Farbe bringen, ölen, putzen und hin und wieder verkaufen. Kein leichter Beruf - aber ein gesunder!"

Dies kleine Gespräch zeigt ein wenig vom Leben dieser Leute, ein wenig von den kaufmännischen Hintergründen eines Sports, der in Hamburg Notwendigkeit, Liebhaberei, Erholung und - Flirt ist. Dies gehört dazu. Wenn die abertausend bunten Boote auf der Alster wimmeln, wenn die heftige Sonne dieser über die Stadt herfallenden plötzlichen Sommer den Wasserspiegel noch heftiger putzt und uns in abertausend Reflexen in die Augen sticht und jeder sich auch so eine kleine fahrbare Sommervilla für zwei bis sechs Personen wünscht, dann denkt man natürlich daran nicht. Wozu auch? Hamburg ist mal wieder schön; das Leben ist schön, und vielleicht ist man sogar verliebt: in sein für alt gekauftes Boot oder in das neue, das sich mancher dennoch auf den Kleinwerften bauen lässt - und, wer weiss, vielleicht sogar in eine dieser schlanken Hanseatinnen, die blond, kühl und keck in Kissen lagern und über die Hamburgischen Gewässer "paddeln" und segeln....

Walter Anatole Persich.

---

### Die Weckeruhr.\*

---

SPD. Gestern habe ich auf der Strasse einen gewissen Bruchmeier getroffen. Ich habe viele Jahre nicht mehr an ihn gedacht. Als er da jedoch durch puren Zufall in mein Gesichtsfeld geriet, erinnerte ich mich seiner sehr wohl als eines alten Kriegskameraden, und es fiel mir die Weckeruhr ein, die Bruchmeier draussen einmal für mich angefertigt hatte. Diese Weckeruhr dürfte einer der komischsten Apparate gewesen sein, die menschlicher Scharfsinn je ausgedacht hat. Sie war ein echtes Kriegsnotkind, und ich werde sie nie vergessen.

Wir lagen damals in einem Etappenort und mussten wochenlang Wache schieben. Es machte sich das Bedürfnis einer Weckeruhr geltend, ohne dass es möglich gewesen wäre, sich solch ein Instrument zu beschaffen. Aber da hatten wir diesen Bruchmeier, der als technischer Pfiffikus galt, als grüblerischer Denker. Er machte sich erbötig, uns mit Weckeruhren zu versehen. Eines Tages hatte er für mich in irgendeinem Müllhaufen einen Regulator von phantastischer Reparaturbedürftigkeit aufgetrieben. Er nahm ihn in liebevolle Behandlung. Er bohrte, feilte, riegelte, schraubte an ihm herum, nahm ihn auseinander und setzte ihn wieder zusammen, schloss irgendwelche seiner Bestandteile an die elektrische Leitung an und behauptete eines Tages, dass der Wecker nun im grossen und ganzen gebrauchsfähig sei. Dabei stellte sich heraus, dass der Apparat tatsächlich in bewundernswerter Weise den an ihn zu stellenden Anforderungen genügte. Nur waren freilich zu seiner sinngemässen Behandlung einige Vorkenntnisse nötig, die die starke Individualität dieses wunderbaren Möbelstückes im besten Lichte erscheinen liessen. Zunächst einmal war es mit einer gewissen Lebensgefahr verbunden, sich der Uhr überhaupt zu nähern, die nur an einigen wenigen, erst durch längere Erfahrung zu ermittelnden Stellen keine elektrischen Schläge austeilte. Zum andern war es mit gewissen Schwierigkeiten verknüpft, das Läutewerk zu einer bestimmten Stunde auszulösen. Weisen Uhren gemeinhin nämlich die erfreuliche Eigentümlichkeit auf, durch Augenschein vom Fortschreiten der Zeit zu unterrichten, so mussten in diesem besonderen Falle erst einige Kalkulationen angestellt werden.

Da war zuerst einmal zu berücksichtigen, dass der Minutenzeiger in jeder Stunde genau 15 Minuten vorging. Dieser Fehler liess sich noch verhältnismässig leicht ausgleichen. Sollte der Apparat um 10 Uhr abends für 3 Uhr nachts ge-

stellt werden, so hatte er zunächst einmal 5 mal 13 = 65 Minuten nachgestellt zu werden. Das heisst, er "hatte" nicht 65 Minuten nachgestellt zu werden, sondern er hätte es werden müssen, wenn des weitern der Stundenzeiger nicht in jeder Normalstunde volle 8 Minuten zurückgeblieben wäre, sodass für eine fünf-stündige Dauer ein vierzigminütiges Zurückbleiben in Rechnung zu stellen war. Nein, in Rechnung zu stellen gewesen wäre, wenn der Weckerzeiger nicht im Winkel von 45 Grad zu dem Stundenzeiger hätte stehen müssen, damit das Geläute ausgelöst würde. Weshalb nicht nur wiederum die Uhr neuerdings 3 Stunden vorzustellen, sondern auch zu beachten war, dass während dieses Vorstellens der Stundenzeiger während einer Stundenumdrehung des Minutenzeigers ja nur 52 Minuten (60 weniger 8) durchmass. Das waren so einige der gröberen Fehler des Weckers, von den kleineren Defekten und periodischen Unzuverlässigkeiten des Gehwerks, die das alles noch weiter komplizierten und sehr umfangreiche algebraische Berechnungen vonnöten machten, sei hier ganz geschwiegen.

An diese einzigartige Uhr erinnerte ich mich, als ich Bruchmeier sah. Ich fragte ihn, wohin sein Weg führe. Erklärte mich darüber auf, dass er sich Radi bestandteile besorge. Er bastele an einem Apparat, mit dem er Australien zu hören hoffe. Ob ich ihn nicht einmal besuchen wolle. Er würde sich sehr freuen und mir bei dieser Gelegenheit den Apparat vorführen.

Ich erwiderte, leider ausgerechnet heute abend für längere Zeit nach Abessinien reisen zu müssen und deshalb von seinen freundlichen Anerbieten keinen Gebrauch machen zu können.

Hans Bauer.

---

SPD. Die klugen Bienen.<sup>x</sup> Bienen haben viele hervorragende Tugenden: sie sind fleissig, gewissenhaft und reinlich; sie sind - bis zu einem gewissen Grade - aber auch klug und erfinderisch. Davon haben sich Gelehrte oft überzeugt. Es sei ein nicht sehr seltener Fall von Bienenschlauheit hier mitgeteilt: eine Schnecke drang in einen Bienenkorb ein. Die Bienen wollten den kecken Eindringling vertreiben, wagten sich aber nicht an die schleimige Masse heran, mit der sich die geänsigte Schnecke umgab, denn ihrem Reinlichkeitsgefühl widerstrebt die Berührung mit einem so eklen Wesen. Was sollte sie tun? Sie kamen auf folgenden Ausweg: eine kräftige Biene tötete (oder betäubte wenigstens) die Schnecke mit einem furchtbaren Stich. Die Schneckenleiche aus dem Bienenkorb hinauszutransportieren, war erstens zu schwierig, zweitens aus Reinlichkeitsgründen nicht angängig. Bienen wissen andererseits aber auch, welchen Gestank Aas verbreitet, und sie kamen deshalb auf diesen Ausweg: sie flogen herbei und umgaben die Schnecke mit einer Wachsdécke, d.h. sie sammelten fleissig Wachs und legten es rund um die Schneckenleiche nieder. Bald war die Schnecke ganz von Wachs umgeben und blieb jahrelang in dieser Konservierung liegen, denn der Geruch des Aases dringt nicht durch die Wachsschicht hindurch - auch das schienen die Bienen gewusst zu haben!

---

SPD. 25 500 Franken für einen Nachruf.<sup>x</sup> Für das Manuskript des Nachrufs, den Poincaré seinerzeit am Grabe des Marschalls Foch gehalten hat, wurde kürzlich in Paris die nicht zu unterschätzende Summe von 25 500 Franken (etwa 4250 M) gezahlt. Alle Achtung vor dieser geschäftstüchtigen "Heldenehrung"!

# Deutscher Reichstag

203. Sitzung vom 18. Juli, 10 Uhr.

SPD. Als erster Punkt stehen auf der Tagesordnung die Anträge der Sozialdemokraten und Kommunisten auf Aufhebung der auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassenen beiden Notverordnungen zur Deckung des Reichsdefizits.

Abg. Landsberg (Soz):

Ungern gehe ich an die Aufgabe, die Unzulässigkeit und Verfassungswidrigkeit der beiden Notverordnungen nachzuweisen, denn für jeden, der den Artikel 48 kennt, liegt diese Rechtswidrigkeit auf der Hand, und ich fürchte mich beinahe davor, einem von Ihnen eine andere Überzeugung zuzutrauen. (Sehr gut! links). Der Reichstag hat schon einmal über diese Frage beraten und damals hat sich die Einstimmigkeit der Juristen, die doch selten vorkommt, im Sinne unserer Überzeugung ergeben. Es war am 26. Januar 1928 und wir berieten über die Einstellung eines Hochverratsprozesses gegen Herrn Class, der damit operiert hatte, man könnte auf Grund des Artikels 48 die ganze Reichsverfassung und mindestens den Reichstag ausschalten. Sowohl Geheimrat Kahl von der Deutschen Volkspartei wie Dr. Bell vom Zentrum haben damals erklärt, dass nie und nimmer der Artikel 48 derart ausgelegt werden könnte. Der Artikel 48 ist zum Schutze der Verfassung da, und zwar zum Schutze dieser Verfassung vom 11. August 1919. Artikel 1 dieser Verfassung sagt: "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus." Und diese Gewalt übt das Volk durch den Reichstag aus. Es ist bezeichnend, dass der Reichstag bei einem Zwiespalt mit der Regierung aufgelöst werden kann, aber aus dem gleichen Anlass nur einmal; hat das Volk dem Reichstag in einem bestimmten Fall sein Vertrauen geschenkt, so muss die Regierung daraus andere Konsequenzen ziehen als die Auflösung.

Nach Artikel 48 hat der Reichstag das Recht, jede Verordnung, die auf Grund des Artikels 48 erlassen ist, sofort aufzuheben. Wie kann man da auf den Gedanken kommen, ein vom Reichstag abgelehntes Gesetz durch Anwendung des Artikels 48 zum Gesetz zu machen? Unter normalen Umständen muss man doch damit rechnen, dass dieselbe Mehrheit, die soeben ein Gesetz abgelehnt hat, die entsprechende Verordnung im gleichen Augenblick wieder aufhebt. Verfassungsartikel können doch nicht auf den Fall zugeschnitten sein, dass es eine Fraktion gibt, die eine Vorlage niederstimmt und die Verantwortung dafür ablehnt, dann aber, nachdem die Regierung die Verantwortung übernommen und eine solche Verordnung erlassen hat, diese Verordnung gutheisst! (Sehr gut! links.) Nach dem Artikel 48 können gewisse Grundrechte aufgehoben werden. Mit grösster Sorgfalt unterscheidet der Artikel 48 zwischen Grundrechten, die vorübergehend aufgehoben werden können, und solchen, die nicht aufgehoben werden können. Wenn selbst bei den Grundrechten sich der Gesetzgeber auf das allergeringste Mass beschränkt, so beweist die Nichterwähnung einer Möglichkeit, die Grundlagen der Verfassung aufzuheben, dass derartige von vornherein vollkommen ausgeschlossen worden ist. Die Voraussetzung für die Anwendung des Artikels 48 ist, dass die öffentliche Sicherheit und Ordnung im Reich erheblich gestört oder gefährdet ist. Es muss das Staatsganze, das Staatswohl erheblich gefährdet sein und das Urteil darüber, ob diese Voraussetzung gegeben ist, kann nicht abhängig sein von der Parteistellung. Das Kriterium für eine solche erhebliche Störung ist ein objektives. Diktatorische Massnahmen müssen getragen sein von der allgemeinen Überzeugung ihrer Notwendigkeit. Nur dann sind sie zulässig. Das ist der Sinn der wahren Demokratie. Wenn mehrere Massnahmen in einer Verordnung enthalten sind, so muss jede einzelne nötig sein, um die Störung und Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit abzuwehren.

Die Reichsregierung behauptet nicht, dass die öffentliche Ordnung und

Sicherheit im Deutschen Reich gefährdet sei oder doch nur, weil ihr Deckungsprogramm vom Reichstag nicht angenommen worden ist. Bis zur Ablehnung des Artikels 2 der Deckungsvorlage hat eine Störung oder Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit nicht bestanden. Wochenlang hat die Reichsregierung ihre Kraft durch fortgesetzte Unterhandlungen und durch ständiges Zurückweichen vor den Ansprüchen der Rechtsparteien zum Ausdruck gebracht. Ihr Wille, das Programm durchzusetzen, von dessen Annahme angeblich Ordnung und Sicherheit im Deutsche Reiche abhängt, war durchaus nicht unerschütterlich. Erst vorgestern hat man doch auch mit verhandelt, wenigstens uns durch eine wohl ernstgemeinte Einladung dazu gebeten.

Die Mehrheit des Reichstags hat im Interesse des Staatswohls die Deckungsvorlage abgelehnt, denn sonst würde die Mehrheit das nicht getan haben. Die Regierung, hinter der nur eine Minderheit des Reichstags steht, hält sich vom gegenteiligen Standpunkt aus berechtigt, die abgelehnte Vorlage durch Art. 48 zu verordnen. Die Regierung sagt, wenn die Sanierung der Reichsfinanzen im Reichstag nicht möglich ist, so ist das eine Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit. Ich weiss nicht, ob nicht die Ordnung und Sicherheit in höherem Masse garantiert durch eine starke Heranziehung der höchsten Einkommen würde. (Lebhafte Zustimmung der Soz.) Wir haben der Reichsregierung andere Wege gezeigt, die zu dem von der Reichsregierung gewählten Ziel führen. Glaubt die Regierung den Stein der Weisen zu besitzen? Glaubt sie denn, dass es nur auf ihrem Wege geht? Die Volkspartei hat die famose Bürgerabgabe gewünscht, die Demokraten die Gemeindegetränkesteuer und deshalb sind beide Steuern in das Steuerbukett hineingenommen worden. Sind die Wünsche der Deutschen Volkspartei und der Demokraten wirklich so erheblich, dass nur durch ihre Erfüllung Ordnung und Sicherheit im Deutschen Reich gewährleistet werden kann? Heute wird uns nun der Antrag der Wirtschaftspartei vorgelegt, die Verordnung über die Gemeindegetränkesteuer ausser Kraft zu setzen. (Hört, hört! und grosse Heiterkeit). Eine von den Regierungsparteien ist also der Ansicht, dass diese Verordnung nicht nötig war, um Ordnung und Sicherheit im Reich aufrechtzuerhalten!

Die Staatsrechtswissenschaft ist einig darüber, dass eine gerichtliche Nachprüfung der Zulässigkeit aller auf Grund des Art. 48 ergangenen Massnahmen vorgenommen werden kann und zwar auch dahin, ob sie zur Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit notwendig waren. Bei einer solchen gerichtlichen Prüfung werden diese Verordnungen sehr schlecht bestehen. Was wird dann aber aus der Autorität der Reichsregierung? Ich weiss nicht, ob es der Regierung gelungen ist, die Hilfe der Deutschnationalen zu gewinnen, aber deren Bedingungen sind bereits bekannt. Was sie unter Änderung der auswärtigen Politik verstehen, weiss man ja. Aber was ist das für eine Politik einer republikanischen Regierung, der die äusserste Rechte Beifall spendet. (Sehr gut! links). Sie wissen, wie verhängnisvoll in der Politik der Präzedenzfall ist. Diesen aber haben sie den Desperados mit diesen beiden Verordnungen gegeben. Wenn diese beiden Verordnungen gültig sind, kann man mit dem Art. 48 auch das Unterste zuoberst kehren und dann haben wir gegen die Zeit des Obrigkeitsstaates, der zur Voraussetzung diktatorischer Massnahmen die Verkündung des Kriegszustandes hatte, keinen Fortschritt, sondern einen Rückschritt gemacht (sehr wahr! links).

Wenn die Regierung und diejenigen Parteien, deren Freundschaft zur Verfassung noch sehr jungen Datums ist, wenn die Deutsche Volkspartei solche Massnahmen deckt, die ja seinerzeit die Weimarer Verfassung abgelehnt hat, so kann man das begreifen. Aber Zentrum und Demokraten haben mit uns diese Verfassung gemacht in einer Zeit, die schwerer gewesen ist als die heutige, als Ordnung und Sicherheit sehr viel mehr bedroht waren, denn heute. Und gleichwohl haben wir dem Volk die volle Staatsgewalt verschafft, weil wir wussten,



dass wir uns auf das Volk verlassen können und dieses Vertrauen hat uns nicht betrogen. (Zuruf von der Bayerischen Volkspartei). Sie müssen doch anerkennen, dass seit 1924, also länger als von 1919 bis 1924, vom Artikel 48 kein Gebrauch gemacht worden ist und schon gar kein Missbrauch. Hätten Sie (zum Zentrum und den Demokraten) bei der Schaffung des Artikels 48 eine derartige Anwendung für möglich gehalten, so hätten wir natürlich damals schon einen Riegel vorgehoben. Die Reichsregierung hat sich der denkbar schwersten Verletzung der Verfassung schuldig gemacht, die sie in wenigen Wochen begeistert feiern wird. Wenn Sie die Verfassung so wenig achten, wie können Sie dann die Achtung für die Verfassung von dem Mann auf der Strasse fordern, der sie nicht beschworen hat ?

Diese Reichsregierung hat Möglichkeiten der Verständigung nach links nicht nur nicht ausgenutzt, sondern abgelehnt, um ausschliesslich Verständigung nach rechts zu suchen. Die Reichsregierung vertraut auch jetzt darauf, dass Hilfe von rechts diesen beiden Verordnungen Gesetzeskraft verleiht. Das Ziel dieser Reichsregierung ist der erweiterte Bürgerblock, den kein anderer als der jetzige Reichsinnenminister vor einigen Jahren Besitzbürgerblock getauft hat. Die Absichten der Regierung sind gekennzeichnet durch das plutokratische Deckungsprogramm, das sie uns unterbreitet hat.

Wir spielen nicht mit Misstrauensvoten (Unruhe der Komm.), aber angesichts dieser Verordnungen und der in ihren Tendenzen deutlich erkennbaren Gesamtpolitik dieser Regierung würden wir es für eine Pflichtverletzung halten, ihr unser Misstrauen nicht auszusprechen. (Lebhafter anhaltender Beifall der Soz.)

Reichsinnenminister Dr. Wirth:

Mir als überzeugtem Republikaner ist es wahrlich nicht leicht geworden, den jetzt beschrittenen Weg zu gehen. Alle Republikaner und ganz besonders die Sozialdemokraten müssten sich aber fragen, ob sie nicht selbst die Schuld daran tragen, wenn dieser Weg beschritten werden musste. Wir stehen vor einer Krise des Parlamentarismus (Unruhe links, Abg. Wels (Soz) ruft dem Redner zu: "Sie verwechseln immer sich selbst mit dem Parlamentarismus!" - Heiterkeit). Es hat sich doch gezeigt, dass in diesem Reichstag eine Mehrheitsbildung unmöglich ist. (Lebh. Widerspruch b.d. Soz. und Rufe: "Brüning will sie ja nicht!") Jeder weiss doch, dass bei einer Neuwahl die Mehrheitsbildung im neuen Reichstag noch viel schwieriger sein wird. (Unruhe und Zurufe links.) Ich übernehme die volle Verantwortung für die letzten Massnahmen der Regierung. Wer den Artikel 48 anwendet, muss sich in seinem Gewissen prüfen, ob ein Notstand vorliegt. Ich behaupte, dass er vorliegt und nehme das auf mein Gewissen. (Beifall im Zentrum, Unruhe links.)

Abg. Dr. Oberfohren (Dntl) verliest für die Deutschnationale Fraktion eine Erklärung, in der der Regierung vorgeworfen wird, sie habe eine Verständigung mit den Deutschnationalen unmöglich gemacht, weil die Zerschlagung der Deutschnationalen Volkspartei einer ihrer wesentlichsten Programmpunkte sei. Die Regierung habe nur deshalb keine parlamentarische Mehrheit für ihre Deckungsvorlage gefunden, weil sie ihre Steuergesetzgebung in rein sozialistischen Gedankengängen gemacht habe (grosse Heiterkeit links und in der Mitte). Tatsächlich füge sich die Regierung der Herrschaft des Marxismus. Darum sei auch die Osthilfe verschlechtert worden. (Unruhe und Widerspruch in der Mitte) Wenn die Regierung wirklich das Defizit decken wolle, dann müsse sie durch eine Notverordnung weitere Abstriche am Etat vornehmen und den weiteren Bedarf eventuell durch den Verkauf entbehrlichen Reichsbesitzes decken. (Unruhe). Aus der Einstellung zur Regierung ergebe sich die Haltung der Deutschnationalen zu den von der Regierung beschlossenen Notverordnungen.

Abg. Koenen (Komm) bezeichnet die Notverordnungen als einen Akt der faschistischen Diktatur. Die Regierungsparteien und die Sozialdemokraten seien durch ihre Youngplanpolitik unter das Joch der französischen Imperialisten ge-



raten. Brüning sei auf dem Wege zum Faschismus. Auf die ungesetzlichen Notverordnungen müsse das Volk mit dem Steuerstreik antworten.

Reichsfinanzminister Dietrich

sucht zahlenmässig nachzuweisen, dass mit den Notverordnungen gerade das Defizit gedeckt wird, das durch die Arbeitslosenversicherung entstanden ist. Die Massnahmen der Regierung hätten also den ausgesprochenen Zweck, den Bestand der Arbeitslosenversicherung zu sichern. Die Bürgersteuer sei nicht als Dauer-einrichtung gedacht, sondern sie solle später mit den Realsteuern verkoppelt werden. - Der Minister wendet sich dann gegen die staatsrechtlichen Ausführungen des Abg. Landsberg über den Art. 48 und erklärt: Wenn wir die Dinge so weiter laufen lassen wie jetzt, dann wird in kurzer Zeit die Ruhe und Ordnung so gestört sein, dass jeder gern unseren Vorschlägen zustimmen würde. (Unruhe links und Zurufe). Wenn wir das Defizit mit einem Einkommensteuerzuschlag decken wollten, dann müssten wir einen Zuschlag von 25 % erheben. Es hat sich gezeigt, dass eine Mehrheitsbildung in diesem Reichstag nicht möglich ist. Wir müssten also einen andern Ausweg aus dem Defizit suchen und wir setzen voraus, dass in diesem Hause noch so viel Verstand aufgebracht wird, dass man uns diesen Ausweg nicht versperrt. (Lebh. Beifall in der Mitte, Unruhe links.) Noch ist die Reichskasse in Ordnung. Wenn aber unsere Deckungsvorschläge scheitern, dann besteht in wenigen Monaten die Gefahr, dass die Beamten ihr Gehalt nicht bekommen können und dass die schwersten Unruhen entstehen. Die Aussichten für eine wirtschaftliche Wiedergesundung sind günstig; aber wir werden sie nur erreichen können, wenn der Regierung die Deckung des augenblicklichen Defizits ermöglicht wird. Wenn die Anwendung des Artikels 48 bemängelt wird, so erinnere ich die Linke daran, was alles in Preussen mit Notverordnungen gemacht wird. (Lebh. Zustimmung in der Mitte). Der Reichstag muss heute zeigen, ob wir noch ein Staatsvolk sind oder nur ein Haufen von Interessenten. (Lebh. Beifall in der Mitte.)

Abg. Graf v. Westarp (Dntl): Im Auftrage einer Anzahl meiner politischen Freunde (Rufe: "Wieviel?") habe ich zu erklären: Wir stehen der Regierung Brüning auch weiterhin kritisch gegenüber, wenn wir auch nicht verkennen, dass diese Regierung wesentliche Reformarbeit auf verschiedenen Gebieten geleistet hat. Wir wollen aber verhüten, dass eine Regierungskrise entsteht, die zu einer Staatskrise führen könnte. Wir wollen nicht durch Annahme sozialdemokratischer oder kommunistischer Anträge eine bürgerliche Regierung stürzen und damit die Verabschiedung der Osthilfe, des Amnestiegesetzes und anderer Vorlagen verhindern. Wir werden daher den Aufhebungsantrag und den Misstrauensantrag ablehnen.

Abg. Dr. Scholz (DVP) begrüsst zunächst die Erklärung des Abg. Graf Westarp, weil sie aus der Verantwortlichkeit heraus käme, die im gegenwärtigen Augenblick allen Parteien zu wünschen sei. Dadurch, dass der Art. 48 der Kontrolle des Parlaments unterliege, sei er eingefügt in die parlamentarische Tätigkeit überhaupt. Mit Recht habe man davon gesprochen, dass wir in einem kritischen Augenblick für die Regierung und die Gesamtheit des Vaterlandes stehen. Mit grösserer Berechtigung könne man sagen, dass wir in einem ausserordentlich kritischen Augenblick für den Parlamentarismus und für das gegenwärtige Parlament stehen. Das Parlament hatte am Mittwoch eine grosse Chance und habe heute noch einmal die Möglichkeit, sich einzuschalten. Die Sozialdemokratie habe am wenigsten Grund, über die Anwendung des Art. 48 zu zetern. Nicht nur die preussische Regierung, sondern auch Reichspräsident Ebert habe von dem Art. 48 Gebrauch gemacht. Auch unter der Regierung Hermann Müller habe man sehr lebhaft den Gedanken des Art. 48 erwogen. In diesem Augenblick stärkster Gefahr für Volk und Vaterland stelle die Volkspartei alles Negative zurück.

Als dann Abg. Meyer (Dem) an das Rednerpult tritt, ruft der nationalsozialistische Abg. Stöhr: "Keine Feier ohne Meyer!" Abg. Meyer erwidert, sol-

che Witze seien dem Ernst der Stunde nicht angemessen. Die Demokratische Fraktion habe alles versucht, um eine parlamentarische Lösung der Deckungsvorlage zu ermöglichen. Sie habe Bedenken gegen die Anwendung des Artikels 48 und begrüße es, dass der Reichstag jetzt die Möglichkeit habe, durch einen Mehrheitsbeschluss die Notverordnungen parlamentarisch zu bestätigen. Die Demokraten würden gegen die Aufhebung der Notverordnungen stimmen.

Abg. Dr. v. Keudell (Volkskons.) bedauert, dass der deutschnationale Abg. Oberfohren das grosse Werk der Osthilfe nicht besser gewürdigt habe. (Beifall in der Mitte). Es sei nicht zu verstehen, warum jetzt gegen Verordnungen des Reichspräsidenten der Kampf geführt wird von denselben Politikern, die vor kurzer Zeit die Parole ausgaben: Mehr Macht dem Reichspräsidenten! (Lebh. Beifall in der Mitte.)

Abg. Feder-Sachsen (Nat. Soz.) erklärt, seine Freunde würden für die Aufhebung der Notverordnungen stimmen, um damit ihre Gegnerschaft gegen die Innen- und Aussenpolitik des Kabinetts zu bekunden.

Abg. Landsberg (Soz.) weist den vom Minister Dietrich angewandten Vergleich mit Preussen zurück. Die preussischen Notverordnungen seien immer von einem parlamentarischen Ausschuss erlassen worden. Hier aber handle es sich nach dem Zeugnis der deutschnationalen "Deutschen Tageszeitung" um den ersten Versuch eines Reichspräsidenten, gegen die Parlamentsmehrheit zu regieren.

Die Aussprache ist damit beendet. Präsident Löbe stellt den sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung der Notverordnungen zur Abstimmung.

Abg. Dr. Scholz (DVp) beantragt, die Abstimmung über die Misstrauensanträge vorwegzunehmen.

Die Abgg. Dittmann (Soz) und Torgler (Komm) protestieren gegen diese Umstellung, deren Erfolg nur sein würde, dass bei Annahme der Misstrauensanträge der Reichstag aufgelöst würde und die Notverordnungen nicht aufheben könnte.

Präsident Löbe erklärt, er halte es für richtiger, zuerst über die Verordnungen abzustimmen, aber die Mehrheit müsse entscheiden. Bei der Abstimmung wird der Vorschlag Dr. Scholz angenommen. Dagegen stimmen nur die Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten. Die Abgg. Dittmann (Soz) und Torgler (Komm) erklären nun, dass sie angesichts dieser neuen Situation ihre Misstrauensanträge zurückziehen.

Unter grösster Spannung der Sitzungsteilnehmer wird dann die namentliche Abstimmung über den von den Sozialdemokraten und Kommunisten gestellten Antrag auf Aufhebung der Notverordnungen vorgenommen. Für den Antrag stimmen die Sozialdemokraten, Kommunisten, Nationalsozialisten, die beiden Mitglieder der Volksrechtspartei und die Mehrheit der Deutschnationalen.

Das Ergebnis der Abstimmung ist die Annahme des Aufhebungsantrags mit 236 gegen 221 Stimmen. (Bravo!-Rufe b.d. Nat. Soz.)

Reichskanzler Dr. Brüning hebt sich nun und erklärt: Ich habe dem Hohen Hause eine Verordnung des Herrn Reichspräsidenten mitzuteilen: Nachdem der Reichstag heute beschlossen hat, zu verlangen, dass meine auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassenen Verordnungen aufgehoben werden, löse ich auf Grund des Art. 25 der Reichsverfassung den Reichstag auf!

Die folgenden Sätze der Kanzler-Erklärung bleiben unverständlich, weil die Kommunisten laut rufen: "Nieder mit dem Reichspräsidenten!"

Als der Reichskanzler nach 1 Uhr geendet hat, verlässt Präsident Löbe seinen Platz. Die letzte Sitzung des Reichstags ist damit formlos geschlossen.